

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugpreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstellen, Algenrothstraße 140, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen. — Bezugpreis im voraus zu entrichten wöchentlich 10 Pf. monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

## Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2  
Verlags- und Anzeigenschäfte: Geschäftsstelle Ring 1206, Rabalien Ring 5141  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

**Anzeigenpreis:** Je Zeilemeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf., Anzeigen unter 200 70 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verheiratete, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) bei der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden

# Strafverfahren gegen Wulle.

### Wegen Begünstigung der Fememörder. — Die geheimnisvollen Geldgeber. — Ein Brief des zum Tode verurteilten Stein.

Es ist jetzt bekannt, daß die Berliner Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen Anstiftung, Beihilfe und Begünstigung gegen den völkischen Landtagsabgeordneten Wulle eingeleitet hat. Dieses Verfahren bezieht sich auf die Rolle, die Wulle bei dem von Grüte-Lehder ausgeführten Fememord gespielt hat. Dieser kaum 19-jährige Mordgeselle ist im Herbst des vergangenen Jahres von einem Berliner Schwurgericht zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden und auch ihn hätte sicherlich das Todesurteil getroffen, wenn er das hierzu geschickt festgelegte Alter besessen haben würde. In dem Prozeß belastet Grüte-Lehder den Abg. Wulle sehr schwer. Er behauptete, daß ihm Wulle in verschleiierter Form den Auftrag zu der Tat erteilt habe und er sowohl Wulle wie der völkischen Parteileitung, von der Ausführung des Mordes Kenntnis gegeben habe. Wesentlich aber ist, daß Grüte-Lehder wenige Tage vor dem Haupttermin einen Kassiber an die Deutsch-Völkische Freiheitspartei richtete, in dem er die Parteileitung auf den kommenden Prozeß aufmerksam machte und damit brachte, in der Verhandlung rückhaltlos alles aufzudecken, wenn ihm nicht ein Anwalt gestellt werde. In dem Kassiber sind, wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, eine ganze Reihe von Namen prominenter Persönlichkeiten der völkischen Partei genannt. Der Kassiber, der auf geheimem Wege aus dem Gefängnis geschmuggelt werden sollte, ist von Gefängnisbeamten aufgefangen und der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Es ist merkwürdig, daß das Gericht damals auf diese Zusammenhänge nicht einging, obwohl ihm der Tatbestand vollkommen bekannt war. Es handelte sich übrigens um den gleichen Gerichtshof wie im Fememordprozeß Panier.

Im gleichen Augenblick wird bekannt, daß auch der Fememord Panier ein Nachspiel haben wird. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß die Rechtsanwälte der in diesem Prozeß angeklagten Personen für ihre Bemühungen je 500 Mark erhalten haben, die nicht von ihren Mandanten bezahlt worden sind, sondern aus einer geheimnisvollen Quelle stammen. Die nächsten Verwandten der zum Tode verurteilten Mörder und Mordgehilfen, insbesondere aber die Angehörigen des Angeklagten Wüstenkampff, haben das an die zuständige Stelle befundet. Wüstenkampff hatte zwei Wochen vor Beginn der Hauptverhandlung auf Veranlassung eines anderen Untersuchungsgefangenen den Rechtsanwalt Dr. Franz Themat in Berlin mit seiner Verteidigung beauftragt. Ehe dieser Auftrag aber in die Hände dieses Anwalts gelangt war, erschien bei Wüstenkampff einer der „nationalen“ Anwälte, die die Angeklagten in dem Prozeß verteidigt haben, und erklärte dem Gefangenen, daß er sich doch nicht von einem Juden verteidigen lassen dürfe. Er werde ihm einen „nationalen“ Anwalt besorgen, der früher Marineoffizier gewesen sei. Wüstenkampff ging auf den Vorschlag ein und fragte nach dem Honorar. Die Antwort war: „Das braucht Sie nicht zu interessieren, das ist in Ordnung.“ Außerdem zahlte dieser „nationale“ Anwalt sofort 30 Mark für den Fememörder, damit er bessere Kost erhalte.

Eine gewisse Bedeutung dürfte in dem Wiederaufnahmeverfahren des Fememordprozeses Panier auch ein Brief spielen, den die Frau des Fememörders Stein von ihrem Mann aus dem Gefängnis erhalten hat. In ihm schreibt Stein seiner Frau, daß er von dem Richter von Senden zu der Tat gezwungen worden sei: „Es wird sich ja herausstellen, wer die ganzen Fememörder angestiftet hat. Denn wir waren nur bestimmte Ausführende. Hätten wir es nicht getan, dann wären wir schließlich auch nicht mehr unter den Lebenden. Ich kann Dir mitteilen, daß ich unter dem äußersten Zwange gehandelt habe. Ich bin kein Verbrecher und zähle mich auch nicht zu denen, was ich getan habe, ist nicht zu meinem Nutzen geschahen, auch nicht zu meinem Vorteil, nur um meinen Vorgesetzten gerecht zu werden.“ Der Auftraggeber, Oberleutnant von Senden, aber ist auf freiem Fuß. Deutsche Justiz!

## Der Untersuchungsausschuß des Reichstags zur Aufklärung der Fememorde

hielt am Mittwoch seine erste Sitzung ab. Der Vorsitzende Dr. Scheffer (Str.) bezeichnete als die dreifache Aufgabe des Ausschusses: Untersuchung der Feme-Organisationen, der Fememorde und der sonstigen strafbaren Handlungen. Die erste Aufgabe des Ausschusses wird in Materialbeschaffung bestehen, um beurteilen zu können, ob überhaupt Feme-Organisationen bestanden haben, ob Fememorde vorgekommen sind und ob und wie die vorhandenen Feme-Organisationen im Zusammenhang stehen und welche strafbaren Handlungen sonst vorgekommen sind. Genosse Scheidemann hält die Materialbeschaffung vor allem vom Reichsministerium des Innern, vom Auswärtigen Amt und be-

sonders von der Reichswehr für erforderlich. Eingehend werde sich der Ausschuß mit dem geradezu hermetischen Ausschluß der Öffentlichkeit im Moabiter Fememordprozeß zu beschäftigen haben. Genosse Dr. Landsberg verlangt die Beschaffung des gesamten Materials ohne Beschränkung auf Preußen. Dem Vorsitzenden wurde bereits ein entsprechender Auftrag erteilt. Er soll insbesondere die Akten über die rechtskräftigen Beurteilungen und eingestellten Verfahren in Fememordprozessen beschaffen.

## Bei der Sozialpolitik wird gespart!

### Der Etat des Reichsarbeitsministeriums.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab am Donnerstag Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu Beginn der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums einen kurzen Überblick über die Arbeiten auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung im Jahre 1925. Das Jahr brachte unter anderem die Wiederherstellung der Rentensicherung für invalide Angestellte und Unfallverletzte nach den Grundsätzen der Vorkriegszeit. Besonders hervorzuheben sind die Beschäftigungen zum Beispiel die Unfallversicherung, der Betriebsrat, die Krankenkasse und die Berufshilfe bei dem neuen Unfallgesetz. Von besonderer Bedeutung war die Fortbildung des Arbeitsrechtes. Das neue Arbeiterschutzgesetz und das Bergarbeitsgesetz werden demnächst den Landesregierungen zugeleitet. Den wichtigsten Teil dieses Gesetzes bilden die Bestimmungen über die Arbeitszeit, die den Erfordernissen des Washingtoner Abkommens angepaßt sind. Neu aufgenommen in die Arbeitslosenversicherung wurden die Angehörigen bis zu einer Gehaltsgrenze von 6000 Mark. Die Beiträge wurden allgemein auf 3 v. H. ihres Lohnes erhöht. Der neue Entwurf einer Arbeitslosenversicherung liegt dem Reichspräsidenten und dem Reichsrat vor. Die Novelle zur Kriegsbeschädigten- und Kriegerverwundtenversicherung brachte eine einmalige Mehrausgabe von 30 Millionen Mark und laufende Mehraufwendungen von 150 Millionen Mark für die Kriegsbeschädigten. Der Minister sprach zum Schluß seiner Ausführungen die Bitte aus, die sozialpolitischen Ausgaben nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Belastung anzusehen.

Genosse Hoch wies als Berichterstatter darauf hin, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik auch im kommenden Jahre mit sehr schweren Aufgaben gerechnet werden müsse. Sparsamkeit und Sparmaßnahmen hätten allerdings auf dem Gebiete der Sozialpolitik eine Arbeit geleistet, die von den schlimmsten Folgen für das Volk begleitet sein werde. Den Widerständen kurzfristiger Unternehmerrisse gegen die Sozialpolitik sei das Ministerium nicht entziehen genug entgegengetreten. Der Reichsarbeitsminister müsse sich bei den Krankentagen gegen jeden Versuch wenden, ihre Leistungen und ihren Wert herabzubringen. — Auch der Zentrumsabgeordnete Erling wandte sich als Berichterstatter gegen die Propaganda sozialreaktionärer Kreise, die darauf verweisen, daß „der Wasserlopf“ Reichs-Arbeitsministerium 400 Millionen verschlinge, dabei aber verschweige, daß nur 2½ Millionen für das Ministerium selbst aufgewendet werden. Die Versorgungsbehörden erfordern allein 55 Millionen Verwaltungskosten. Zu erhöhen seien vor allem die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge.

Der Reichsarbeitsminister versicherte, sein Ministerium vertrete den Eisenbahnarbeitern gegenüber den Standpunkt, daß sie das gleiche Maß von Recht und Fürsorge wie jede andere Arbeiterkategorie zu beanspruchen hätten. Es biete sich kein Anlaß, die Reichsbahnarbeiter als Arbeiter minderen Rechts zu behandeln. Der Minister wandte sich schließlich gegen die übertriebenen Sparmaßnahmen, durch die im Arbeitsministerium 48 Prozent der Beamten abgebaut wurden. Der neue Sparanschlag habe sich trotzdem sofort wieder mit dem Arbeitsministerium beschäftigt. Es müsse sich bald herausstellen, ob es sich nur um Sparmaß, oder um reaktionäre Tendenzen handle. Sparmaßnahmen, die im Hotel Adlon ihren Anfang nehmen, siehe er sehr skeptisch gegenüber.

## Wahltag in Mecklenburg.

Es gab in Mecklenburg bisher in 17 Werten 6 sozialdemokratische Amtshauptleute. Die rechtsgerichtete Landtagsmehrheit legte nun diese 17 Werten auf 10 zusammen in der Hoffnung, daß diese Art die sozialdemokratischen Amtshauptleute verdrängen zu können. Jetzt fanden die entsprechenden Wahlen statt. In sieben von den zusammengelegten 10 Werten hat sich nun eine feste republikanische Mehrheit ergeben, während in 3 Werten und zwar in Güstrow, Waren, Wismar, Hagenow, Malchin und Grevesmühlen die Amtsvertretung in sozialdemokratische Hände gelangen dürfte.

Der auswärtige Ausschuß des Reichstages, der sich am Donnerstag mit der Frage des Aufwerts besaß, sprach in einer mit allen gegen eine Stimme angenommenen Entscheidung den Wunsch aus, daß bei den Pariser Verhandlungen die weit über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgehenden Beschränkungen der deutschen Luftfahrt beseitigt werden. Die Günst der geographischen Lage Deutschlands und die Bestimmungen des Völkerrechts gäben die Möglichkeit, sowohl für die wirtschaftliche als für die sportliche und wissenschaftliche Luftfahrt volle Freiheit zu verlangen. Anknüpfend fand eine umfangreiche Aussprache über das Luftverkehrsrecht und die damit zusammenhängenden Schiedsverträge statt.

## Das Kompromiß für die Fürsten.

Von Paul Löbe.

Unter dem Druck der Enthüllungen über die maßlosen Ansprüche deutscher Fürsten und ihrer Gevattern bis ins dritte und vierte Glied, wie es im Rechtsausschuß des Reichstages Tag und Tag erfolgt, unter dem Druck einer bevorstehenden Volksbewegung, in der das Attentat auf Deutschlands Volkvermögen erst die allgemeine Beleuchtung erfahren wird, haben sich die Regierungsparteien des Reichstages zu einem Kompromiß gesammelt, das den allgemeinen Unwillen über die bekannt gewordenen Ungehörlichkeiten etwas dämpfen, aber den geliebten Fürsten und dem Prinzip des Privateigentums nicht wehe tun sollen.

Ein Sondergericht am Sitze des Reichsgerichts soll danach über die zukünftigen Streitfälle entscheiden. Sein Vorsitzender ist der Präsident des Reichsgerichts oder ein vom Reichspräsidenten ernannter Stellvertreter. Seine Richter sind sechs deutsche Richter, die ebenfalls der Reichspräsident ernannt, zwei weitere werden vom streitenden Land und seinem ehemaligen Fürsten entsendet. An dieses Kollegium ginge die Entscheidung über, die wir dem Volke, die der demokratische Antrag dem jeweiligen Landtag vorbehalten will. An deutsche Richter also! So groß mein Vertrauen zu der Objektivität des Herrn Reichsgerichtspräsidenten Simons ist, so wenig kann das deutsche Volk die Entscheidung in die Hände von Juristen aus den höheren Gerichtssphären legen, die sich im formalen Recht des 15. und 18. Jahrhunderts glänzend auskennen, aber von der volkstümlichen Rechtsauffassung des 20. Jahrhunderts himmelweit entfernt sind.

Deutsche Richter haben den Abfindungsvertrag in Schwarzburg-Sondershausen als den guten Sitten widersprechend aufgehoben, obgleich er vom monarchistischen Landtag des alten Staates einstimmig beschlossen war.

Deutsche Richter haben wegen eines angeblichen Formfehlers das Gothaische Abfindungsgesetz aufgehoben und so dem englischen Koburger Prinzen die Millionenforderung gegen den thüringischen Staat ermöglicht.

Deutsche Richter haben die von einem im Ausland lebenden Hohenzollernerben verwarloste Herrschaft Platon-Krojante diesen Erben wieder zugesprochen.

Deutsche Richter haben entschieden, daß das Schloss Dels mit seinen 14 Herrschaften, wenn kein Thronfolger mehr vorhanden ist, nicht an den Staat, sondern an den ehemaligen König fällt.

Diesen deutschen Richtern bringen wir nicht das Vertrauen entgegen, daß sie die Rechte des Volkes gegenüber den unberechtigten Forderungen der Fürsten zur Geltung bringen und gerade von demokratischer Seite, die heute das Kompromiß mit trägt, sind diese Gerichtsentscheidungen am schärfsten angefochten worden.

Das mangelnde Vertrauen zu den gerichtlichen Urteilen kommt aber auch in dem Kompromißentwurf selbst zum Ausdruck. Dem Sondergericht werden nämlich „Richtlinien“ für seine Entscheidung gegeben, die es etwas frei machen soll von veraltetem Normalrecht. Theater, z. B. Museen, Sammlungen, öffentliche Schlösser und Privatanlagen sollen in der Regel dem klagenden Staate zugesprochen werden, soweit sie aber Einkunftsquellen waren, kann auf Entschädigung dafür erkannt werden. Gegen das Prinzip in der ersten Hälfte läßt sich nichts sagen, aber der Staat bekommt doch dadurch sicher nur die Vermögensstücke, die ihm nichts einbringen, sondern Kosten verursachen. Soweit sie etwas einbringen, muß er sie bezahlen. Und gilt das, was für Museen und Theater Geltung hat, nicht erst recht für den deutschen Wald? Gehört der deutsche Wald, dieses älteste und letzte Gemeineigentum der alten Stämme, in die Hände englischer Fürsten, russischer Generale, montenegrinischer Prinzessinnen oder auch ehemaliger deutscher Fürsten, die ihn mit Jann und Verbotsstafeln umgeben und dem eigenen Volke nicht nur das Beeren sammeln, sondern auch das Betreten verbieten können? Sollen wir dulden, daß der deutsche Wald, den man zum Glück nicht forttragen kann, mit ausländischen Hypotheken belastet, also auf Umwegen in fremden Besitz überführt wird, wagt ja der Koburger dem fröhlichen Anfang verweigert haben soll?

Auch hier hat der Gesetzentwurf bereits sein begründetes Mißtrauen. Er verbietet den deutschen Fürsten die Verbringung eines ausgetheilten Vertrages ins Ausland. Von allen deutschen Fürsten hat nur einer — Wilhelm II. — Deutschland verlassen müssen und er jagte auch noch freiwillig, daß trotz



Dem selbst den Regierungsparteien der Verdacht aufkam, eine Anzahl von ihnen werde mit dem Kobach ins Weite ziehen und sich den Teufel um Deutschlands Not scheren, ist die beste Rechtfertigung der von uns geordneten härteren Eingriffe.

Diese Mängel allein — vor allem aber das mangelnde Vertrauen zu den Richtern — müßten jeden Demokraten, jeden Zentrumsbürger und Arbeiter, geschweige denn uns Sozialdemokraten, einer Lösung abgeneigt machen, in der die deutschen Fürsten, wenn einst die Gesamtanrechnung gemacht wird, vielleicht nicht die geforderten Werte von 2,6 Milliarden, sondern statt der 9 oder 2,1 Milliarden erhielten und die deshalb ebenso unerträglich ist, wie die bisherigen Entscheidungen der Gerichte.

Immer wieder müssen wir hervorheben, wie unangebracht das tränenreiche Mitleid mit den armen Fürsten ist, angesichts der Enteignung der inflationsgeschädigten Sparrer und der Auslandsdeutschen. Die ersteren hatten Gerichtsurteile auf ihrer Seite, die ihnen ihr Recht an privaten und öffentlichen Sparguthaben zusprachen, aber die dritte Steuernotverordnung und das Aufwertungs-Gesetz räumten mit dielen Rechte an, beschränkte ihr Privateigentum und verbaute ihnen den Rechtsweg. Was bei den Kleinen rechtens war, kann bei den Großen kein sündhaftes Verbrechen gegen das geheiligte Privateigentum sein. Es wird kein Fürst Not leiden, wenn die Enteignung nach unserem Antrag beschlossen wird. Allein bei vier Mitgliedern des Hohenzollernhauses ist jetzt der jährliche Bezug von 39 000 Mark Militärpensionen festgesetzt worden. Fast jeder der Betroffenen hat Vermögensstücke im Ausland, hat reiche Verwandte, hat Schmuckstücke und goldene Geschmide, die der Karole „Gold gab ich für Eisen“ nicht zum Opfer gefallen sind. Der Hunger klopft bei keinem an die Tür.

Deshalb sollten sich Demokraten und Zentrum überlegen, ob sie einen Weg betreten, auf dem am Ende doch das Eigentum des Volkes zum großen Teil in die Taschen der Fürstentümer entfliehet. Sie müssen unser Volksbegehren durchführen helfen, wenn sie dem Volk wirklich zu seinem Recht verhelfen wollen.

Im Rechtsausschuß des Reichstages leitete am Donnerstag der Vertreter des preussischen Finanzministeriums zunächst mit, daß die Hofkammer der Hohenzollern zum erstenmal 1922 eine Steuerausforderung erhalten hat. Für 1922 sind die Steuern noch nicht bezahlt, es werden voraussichtlich 30 000 Mark nachzahlen sein. Für 1923 sind 26 602 Millionen Papiermark für 1924 insgesamt 670 116 Goldmark und für das folgende Jahr 688 000 Goldmark an Reichsteuern bezahlt worden.

Die Demokraten haben inzwischen ihren Abfindungsantrag wuppen des Kompromißantrages der Regierungsparteien zurückgezogen.

In der Generaldebatte über die Fürstentümer führt Dr. Rosenfeld (Soz.) aus: Charakteristisch für die Vertretung der Fürsten ist neben dem Fall Everling die Tatsache, daß während der ersten Verhandlungen des Rechtsausschusses der spätere Herzog von Coburg den Kaiserpräsidenten Kapitänleutnant Ehrhardt empfing, der bald darauf im Reichstag vor den Toren des Rechtsausschusses mit deutschnationalen Abgeordneten verhandelte. Wertwändig berührt auch die Gründe einer besonderen Vereinigung als Propagandaanstalt für Fürstentümern, die unter dem harmonischen Deckmantel einer Vereinigung für einen rechtlichen Ausgleich des Staates mit den Hohenzollern niedrigste monarchistische Interessenvertretung betreibt. Diese Vereinigung wird offenbar von den Hohenzollern finanziert. Bezeichnend für die maßlosen Ansprüche der Fürsten ist die Tatsache, daß allein in dem kleinen Land Thüringen 25 Abfindungsprojekte geführt werden. Die von den Hohenzollern als ihr Privateigentum bezeichneten Besitzungen gehören nach rechtmäßigem Vordruck als Staatsvermögen zu den Domänen; sie sind von den Hohenzollern eigenmächtig durch Kabinetsorder oder Scheinurteile zum Hauseigentum gemacht worden, wobei sie die Enteignung zugunsten ihres Privatvermögens betreiben. Solche Enteignungen werden aber heutzutage von den Gerichten anerkannt. Schließlich muß der Staat zufrieden sein, daß die Hohenzollern nicht mehr wie im Jahr 1848 den Standpunkt vertreten, daß sie Besitzer der gekrönten, preussischen Krone sind. Diesem wurde durch „Jertum“ in den Grundbüchern statt Staatsvermögen „Privateigentum der Hohenzollern“ eingetragen. Als nach den Freiheitskriegen das Geld für eine Silberanleihe aus der Staatskasse genommen wurde, äußerte sogar der König

Wobens und schrieb: „Meine Unterthanen haben ihr Vermögen verloren und große Opfer gebracht. Ich will nichts voraushaben, sondern das Unheil mit ihnen teilen.“ Doch merkwürdigerweise ist der absolute König mit seinen Bedenken nicht durchgedrungen. Er mußte sich fügen und das Geld annehmen. Damals schrieb ein Minister: „Wenn die öffentliche Stimme darüber Aufschrei erhebt (und sie wird es erheben), so wird sie ein strenges, aber gerechtes Urteil fällen.“ Dieses Urteil muß jetzt gefällt werden. Die Hohenzollern haben ihr Privateigentum nur veräußert, wenn es zur Steuer herangezogen werden sollte; dann erklärten auch sie es zum Staatsvermögen.

Viele andere deutsche Fürstentümer, vor allem Hessen-Kassel und Braunschweig, haben ihr Vermögen durch den Verkauf ihrer Landeslinder an England erworben. Das Reichsgericht hat ein rechtskräftig zustandekommes Landesgesetz aufgehoben und dem Herzog von Koburg-Gotha alle Vorteile, dem Lande alle Lasten auferlegt. Derselbe „deutsche“ Fürst beruft sich jetzt außerdem auf den Berliner Vertrag um die Erbansprüche seiner belgischen, englischen und portugiesischen Verwandten gegen das Land Thüringen durchzusetzen. Hebrall werden von den Fürsten Aufwertungsansprüche von 100 bis 1400 Prozent gestellt und zum Teil bewilligt, während den armen Inflationsopfern das Letzte genommen worden ist. Die Kriegsbeschädigten hat man mit 15-20 Prozent Rente, das heißt, mit ein paar Goldmarken, abgefunden, und niemand denkt an Aufwertung. Selbst der volksparteiliche Abgeordnete Goldmeißler hat die Ansprüche der Fürsten zurückgewiesen. Der Zentrumsabgeordnete Giesberts konnte in einer Verammlung nicht weitersprechen, als er dafür eintrat, daß den Fürsten Renten gezahlt werden sollten. Bedenklich ist, daß nach dem Kompromißantrag der Reichspräsident die Richter des Sondergerichts ernennen und die Entscheidung überhaupt Berufungsräten übertragen werden soll. Dem Gesetz muß rückwirkende Kraft gegeben werden. Die Sozialdemokratie wird an diesem Gesetz mitarbeiten und es zu verbessern suchen; eine betriebende Lösung kann aber nur der Antrag auf entschädigungslose Enteignung bringen.

## Städteordnungsreform im Landtag.

Der Preussische Landtag leitete am Donnerstag die durch den Einspruch des Staatsrates notwendig gewordene noch malige Beschlussfassung über das Gesetz zur Vereinfachung der preussischen Stimmzettel im Reichsrat gegen die Stimmen der Deutschnationalen von der Tagesordnung ab. Damit ist eingeworfen die Vereinfachung der Stimmzettel im Reichsrat von neuem fraglich geworden.

Abg. Bied (Komm.) entstellte mit einer Kritik an der Haltung der Regierung gegenüber dem Fememord-Prozess Panier eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Die Kommunisten ändern dabei ihre Große Anfrage in einen Antrag um, der jedoch infolge des Widerstrebens der Deutschnationalen nicht sofort auf die Tagesordnung gesetzt werden konnte.

Das Haus legt hierauf die zweite Beratung der Städteordnung vor. Abg. Breuer (Soz.): Raum eine Partei ist mit der Vorlage ganz einverstanden. Das Einkommensteuergesetz, das zugleich Legislative und Exekutive umfaßt und der Bevölkerung einen direkten Einfluß auf die kommunale Verwaltung sichert, habe sich in Süddeutschland ganz gut bewährt. Der Magistrat sei nur ein Anhängsel gegenüber der Stadtratsversammlung. Von den Deutschnationalen werde er als ein Bollwerk gegen die Vertiefung der Gemeinderäte gezipfen. Die Deutschnationalen wollten natürlich den unpolitischen Stumpf. Die Sozialdemokratie aber habe ein klares Kommunalprogramm, weil Kommunalarbeit nur auf Grundfragen und nicht auf Interessensjägerie beruhen könne. Wer die Selbstverwaltung der Gemeinden wolle, könne nicht die Macht der Staatsaufsicht vergrößern. Das Befähigungsrecht des Staates, das man in Süddeutschland nicht kennt, sei überflüssig. Nicht einmal der preussische Dreiklassenstaat sei so weit gegangen wie jetzt die Rechtsparteien, die nicht bloß für die Ernennung des Bürgermeisters, sondern für alles und jedes, was mit der Kommunalverwaltung zusammenhängt, das Bestätigungsrecht einführen wollten. Was sich jetzt aus der Vorlage gewonnen ist, beschränkt uns nicht. Selbst wenn sie, was einzuwenden noch unzweifelhaft ist, vom Hause angenommen wird, so stellt sie doch nur eine Zwischenlösung dar; denn wir werden nicht ruhen und rasten, bis eine wirklich demokratische Städteordnung geschaffen ist.

Die Weiterberatung wurde dann durch Abstimmungen unterbrochen. In mamentlicher Vertagung wurde mit 166 gegen 137 Stimmen bei 3 Enthaltungen beschlossen, die Strafverfolgung des Abg. Kellermann (Komm.) wegen Gotteslästerung zuzulassen. Gegen die Genehmigung hatten Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten gestimmt. Die Strafverfolgung eines anderen Kommunisten wegen Beleidigung der Kirche wurde gleichfalls gegen die Linke zugelassen.

Reichsministerialdirektor Harnisch stimmte einem sozialdemokratischen Änderungsantrag zu, der vertritt, daß für jede kleine Grenzänderung ein besonderes Gesetz notwendig ist. Abg. Weid (Soz.) fordert, daß das Recht der Benennung von Straßen und Plätzen nicht durch Ortsräte, sondern durch Gemeindeführer ausgedehnt werde. Das müsse auch für die Stadt Berlin gelten. Weiterberatung Freitag.

## Großgrundbesitz und Schwarzbrot.

Ober Bauernsiedlung und landwirtschaftliche Feinprodukte? — Ein Junger schlägt vor, weniger anzubauen.

Die Schwierigkeiten unserer Großagrarier, die sie sich und der ganzen Landbevölkerung mit ihrer kurzfristigen Politik und ihrem politischen Bündnis mit Schwerindustrie und Bankkapital selbst eingebrockt haben, führen zu allerhand Rettungsvorschlägen, die selbst in juristisch-trainen Köpfen nicht erliegen. So schreie kürzlich die volksparteiliche „Kölnische Zeitung“:

„Es grenzt überhaupt schon an Fatalismus, wenn man immer wieder hören muß, bei uns im Osten gibt es auf den Böden geringerer Güte entweder Roggenbau oder Oedland; deshalb, ihr lieben Mitbürger, eh! Roggenbrot, oder aber der Osten wird auf weite Strecken einer Wüste gleich werden. Wir sind der Überzeugung, daß wir mit unserem Brotkorn einen aus den Schreibern der hinter uns liegenden Zeit verständlichen, aber nichtsdestoweniger unlaunmännlichen Ruck treiben. Früher war der deutsche Roggen das Austauschmittel gegen fremdes Futtergetreide, das in den Berechtigungsbereichen insbesondere des Westens in der Viehmast seine Verwendung fand. Dieser Austausch ist infolge des Darlehensverkehrs vor allem des russischen Getreidebaues gering geworden. Es liegt also durchaus nahe, den für die unmittelbare menschliche Nahrung nicht abhebbaren Roggen zur Verwitterung zu benutzen und ihn auf diesem Umwege der menschlichen Ernährung zuzuführen. Wir würden auf diese Weise zur Aufzucht und Vergrößerung der Viehbestände, insbesondere unserer Schweinebestände, kommen und würden schließlich zu einem Vieh- und Fleischausfuhrland werden. Das ist zu dieser Umstellung der Klein- und Mittelbetriebe auch im Osten, selbstverständlich nicht bei völliger Auflösung des Großgrundbesitzes, eher geeignet, dürfte unbestritten sein. Dies ist nur einer der Wege, der sich für die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft als Ganzes genommen zeigt, der aber gleichzeitig die Möglichkeit bietet, die Siedlungsfrage vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt zu betrachten.“

Ohne die ganze Frage nach der Zweckmäßigkeit von Groß- und Kleinbetrieb aufrollen zu müssen, wird man diesen Ausführungen auch vom Standpunkt der deutschen Industriearbeiter und ebenso der Landarbeiterschaft zustimmen können. Mit ihrer Verwirklichung sieht es freilich selbst dort sehr kümmerlich aus, wo die sonst so gepriesenen nationalen Gründe die Bauernsiedlung in großen Umfange den verantwortlichen Stellen nahelegen sollte. Herab wird sehr viel davon, aber statt großzügiger Taten machen die ausländischen Resorts dann meist Veratungen mit Landhänden und ähnlichen Organisationen, die dann praktisch jede Einschränkung des Großgrundbesitzes noch immer abzubrechen wuchten.

Die richtigen schließlichen Großagrarier stellen sich die Lösung der Agrarfrage bequemer vor. Der Baron v. Seydlitz-Kurzbach z. B. fordert im „Rheinischen Staatsblatt“ öffentlich dazu auf, ein Drittel des Landes unbestellt zu lassen, um die Preise in die Höhe zu treiben. Das ist seine Antwort auf die juchende Wirtschaftskrise, die Millionen Arbeiter brotlos macht und Tausende von Konturen zur Folge hat. Das ist seine Antwort auf die Preisentwertungsaktion der Regierung. Und so wie dieser Baron denkt wohl viele von denen um Richtigsten und Graf Kasperling, wenn sie es auch nicht alle in ihren Zeitungen inszenieren, sondern dort „überparteiliche“ Vorträge drehen!

## Aus dem Reiche.

Ehren-Doktor David. Die staatswissenschaftliche Fakultät der Universität München hat den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und früheren Reichsminister des Innern, Genossen Dr. Eduard David, jetzt Vertreter des Reiches in Hessen, wegen seiner wertvollen unparteiischen und unbefangenen wissenschaftlichen Erörterungen agrarpolitischer Probleme zum Doktor der Volkswirtschaft ehrenhalber ernannt.

Angünstige Mitteilungen über Schüler. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Erlaß des Unterrichtsministers entnimmt, muß unbedingt vermieden werden, daß schriftliche Mitteilungen ungünstigen Inhalts über die Kinder den Eltern oder Erziehungsberechtigten durch Schüler zugeandt oder daß diese mit der mündlichen Ausrichtung derartiger Befehle beauftragt werden.

Ein alter Kommunistenschwundel wird gestern wieder von dem Breslauer kommunistischen Blättern aufgewärmt: die Sozialdemokratie habe im Reichstag für den letzten Militäretat gestimmt. Das ist schon deswegen nicht der Fall, weil es eine Sonderabstimmung über den Gesamtetat eines Ministeriums, in diesem Fall also des Gelehrs-Ministeriums, gar nicht gibt. Die Sozialdemokratische Fraktion hat aber Gelehrs Ministerposten und damit bei der Abstimmung über den ganzen Reichshaushalt diesen und damit auch sämtliche Militärausgaben abgelehnt und das mit ihrer kritischen Stellung zu Luther-Gelehrs begründet. Die Kommunisten werden ihr Märchen sicher trotz dem weiter erzählen.

## Ein.

Roman von Lawrence H. Desberris.  
Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Germania zur Mühle.

Mit der einen Hand den Revolver gegen O'Keefe richtend, griff der Arzt mit der anderen in die Tasche, wo ein verpacktes Geschäft, als er hastig den Brief fand und seinen Korb Sandstrich erfasste. Er warf das Schreiben vor sich auf den Tisch und begann zu lesen. Dabei hielt er noch immer unentwegt die Waffe auf O'Keefe gerichtet.

Dreien begannen die Worte zu sprechen. „Hören Sie, junger Mann“, sagte er. „Hören Sie sich etwas ruhiger von meiner Seite. Ein paar Worte dürfen genügen, einer nach meinem Kopf, um die Beside abzugeben, ein ruhigerer Zug um meinem Bart. Sind Sie dann noch immer nicht zufriedengestellt, so dürfen Sie mir mitnehmen das Geschäft mit O'Keefe, dann werden auch die Sommerproben verschwinden und ich werde in meiner unangenehmen Nacht und Schweiß vor Ihnen stehen. Wenn Sie mir auch noch den Rest fortgerichtet wollen, so wird ein dritter Griff genügt, so wird mir das in Anbetracht des warmen Klimas recht angenehm sein.“

David trat, nach immer den Revolver in der einen Hand, zu O'Keefe und tat die zwei vorgeschriebenen Schritte: den einen nach dem Kopf, den anderen nach dem Bart. Dann trat er zurück und betrachtete den Reporter.

Er ließ die Waffe sinken und wusch sich auch O'Keefes Arme heraus, und dieser fragte mit leichtem Spott: „Dann ist mir jetzt eine Zigarette angebracht?“

Der Arzt entzündete sich ein Zigarette.

„Sie müssen mir sagen, Herr O'Keefe, aber wenn man die großen Mächte der Stadt, die Kaufmanns- und Industriellenvereinigungen, sowie die Handelskammern zum Tode hat, gilt es, wegzugehen zu sein.“

Der Reporter sagte: „Das kann ich mir denken. Und nun will ich Ihnen erzählen, was mich in diesem Geschäft hergeführt hat.“

Der Arzt sah seinen Sessel näher heran und O'Keefe berichtete über den Mann, über Ethel Bright und den Revolver, den David und seinen Namen, daß er sich hier um ein Ver-

brechen handele. David blieb launlich gebohrt; sprach dann, als O'Keefe seine Erzählung beendet hatte:

„Ja, hier in der Stadt wird bereits allerhand über Fräulein Bright gemunkelt. Die einen behaupten, sie habe mit einem Geschäftler durchkommen wollen, andere denken noch andere Dinge an. Einige sind der Ansicht, sie habe den Revolver verloren. Eines aber ist gewiß: seitdem das junge Mädchen aus Newport kam, gleicht Golden Hill einer Festung, niemand darf hinein.“

„Dann Glück trage ich bei mir den Schlüssel, der mir die Tore öffnen wird“, und der Reporter zeigte David Blad den Brief des Herrn Bright an die Geschäftsführerin seiner Tochter.

„Nun wollen wir uns mit Ihren Angelegenheiten beschäftigen“, sagte der Reporter. „Hörten Sie noch von diesem Harris?“

„Ja, diese Leute, wer immer sie sein mögen, scheinen auf mich einen großen Eindruck zu machen. Harris war gestern wieder hier, versuchte mich zu einer sofortigen Annahme der Stelle zu überreden. Aber ich blieb fest, erklärte meine Antwort erst in einer Woche geben zu lassen. Übrigens geschah bei seinem Besuch etwas Außersitliches.“

„Was?“ fragte der Reporter neugierig.

„Ich wollte gerne erfahren, woher dieser Harris eigentlich kam, doch sprach er darüber kein Wort. Er hatte seinen Hut in meinem Schlafzimmer aufgehängt, und mir fiel plötzlich ein, es kam im Hut der Name des Verkäufers und der Stadt hinein, was er diesen gesagt hatte. Ein furchtbarer Gedanke, aber er verdrängte sich, bis ich mit einer Entschuldigungsanrede und ins Schlafzimmer lief. Der Hut brachte mir zwar keine Aufklärung, aber als ich ihn, es war ein weißer grauer Hut, beiseite, bemerkte ich unter der Verkleidung einen winzigen weißen Streifen. Einer winzigen Abgang folgend, zog ich ihn heraus; es war ein kleiner beschriebener Papierstreifen.“

Der Reporter sagte: „Lesen Sie.“

„Wenn dieses Papier einem unbekannten Menschen in die Hände fällt, so dürfen wir ihn nicht anrufen, was er wissen wird, gehen alle gegangen, werden hingeworfen auf dieser Hölleninsel. Retten uns nur Robinson und Tod! Retten uns.“

O'Keefe hatte betroffen aus dem Sessel geholt. „Wo liegt die Hölleninsel?“

„Gott weiß!“ entgegnete David Blad.

„Doktor, Sie sollten sich auf dieser Hölleninsel niederlassen, bestimmt. Wer weiß, was dort für Verbrechen begangen werden. Schade, daß dieser Harris Sie gesehen hat, sonst nähme ich Ihre Stelle ein, führe nach der Hölleninsel.“

O'Keefe studierte von neuem den Papierstreifen. „Robinson und Tod! Retten uns vor Marmion und Tod!“ So schreien Gefangene. Kann es sich hier um eine Insel handeln, auf der verurteilte politische leben? Wer wozu dann ein Arzt? Den Herren liegt doch nichts daran, diese Gefangenen am Leben zu erhalten. Ein Rätsel.“

Er redete weiter, fand Erklärungen, verwarf sie, um sie durch neue zu ersetzen. Jammerte immer wieder darüber, daß er nicht Blads Stelle einnehmen könne.

David Blad hörte zu, bemühte sich anfangs höflich, sein Schenken zu verbergen. Schließlich hielt er es nicht länger aus. „Gehen Sie nie schlafen, O'Keefe?“

„Dieser Blatte ihn erbaute an.“

„Was?“

„Der Reporter sagte: „Das werden mir meine Freunde immer vor. Ich verachte alle Euer halbes Leben, Ihr Raubtier. Noch einen Augenblick, dann gehe ich. Könnten Sie Ethel Bright, falls es mir gelingt, sie aus ihrem goldenen Gefängnis zu befreien, irgendwo in Sicherheit bringen?“

„Ja, ich kann sie bei einem Freunde unterbringen, einem kleinen Schuster, der in der Vorstadt wohnt.“

„Gut, noch eins.“

Aber David Blad wollte nichts mehr hören. „Morgen, O'Keefe, morgen. Gute Nacht.“

Und der unglückliche Arzt erhob sich, rüttelte den Reporter an beiden Schultern und schob ihn sanft, aber energisch zur Tür hinaus.

Golden Hill war ein wahres Paradies. Das kleine weiße Marmorhäuschen lag in einem umgebenen Park, den farbigen blühenden fröhliche Blumen, Bäumen und Palmen und nehmend orangefarbene mit kleiner blühenden weißen Blüten schmückten.

In folgenden Tagen fuhr um die Mittagszeit ein großer Bronzefarbener Auto vor. Ein bitter, rothaariger Mann, der eine dunkle Kappe trug, auf der der Name Dr. Jeremiah wurde eingraviert, sah er Fräulein Jones sprechen konnte. Er wurde eingeladen.

(Fortsetzung folgt.)



# Sperrgesetz gegen die Fürstenansprüche angenommen.

## Verflechtung des Strafrechts für die Reichswehrsoldaten.

Gegenüber einem kommunistischen Antrag, die Unterordnung der Erwerbslosen auf die heutige Tagesordnung zu setzen und das untätige Verhalten der Regierung in dieser Frage zu mißbilligen, erklärt

Abg. Hoß (Soz.): Auch wir haben immer wieder auf Beseitigung der Arbeit in der Frage der Erwerbslosenfrage gedrängt. Heute erst habe ich die Regierung im Sozialpolitischen Ausschuss deshalb scharf angegriffen. Die Regierung hat nun erklärt, daß morgen oder übermorgen eine entsprechende Vorlage bereits beraten werden könne. Es erscheint also nicht unmöglich, heute diese Angelegenheit zu verhandeln. (Lärm bei den Kommunisten.) Das ganze Schauspiel (zu den Kommunisten) ist doch nur eine Wiederholung dessen, was ich erst vor dreizehn Stunden im Ausschuss vorgelesen habe. Gegen die sofortige Verhandlung des kommunistischen Antrages wird Widerspruch erhoben.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist die Beratung des Gesetzes über die Auslegung der Rechtsstreitigkeiten über die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern (Sperrgesetz).

Abg. Dr. Pflieger (W. Sp.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Das vom Ausschuss vorgeschlagene Gesetz besteht aus folgendem einseitigen Artikel:

Alle Rechtsstreitigkeiten, die zwischen den Vätern und den Mitgliedern der ehemals regierenden Fürstenhäuser, sowie der übrigen, in den Artikeln 57 und 58 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch genannten Familien bei den deutschen Gerichten über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung und alle damit zusammenhängenden Fragen anhängig sind oder anhängig werden, sind auf Antrag einer Partei bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung (Gesetz oder Volksgesetz) auszusetzen. Urteile und einstweilige Verfügungen werden hierdurch nicht berührt.

Unter das Sperrgesetz sollen auch alle Schiedsgerichtsverfahren und die Ansprüche der Seitenlitanten der früheren Fürstenhäuser fallen. — Das Gesetz wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache verabschiedet. Dagegen stimmen nur Deutschnationalen und Volkische.

Präsident Eber stellt fest, daß sich an der Abstimmung zwei Drittel der Abgeordneten beteiligt hätten, und daß das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit angenommen worden sei. (Bravo!) Das Gesetz hat also auch die im Falle einer Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit erhalten.

Es folgt die zweite Beratung eines Gesetzentwurfs über Militärgerichte und militärgerichtliches Verfahren.

Abg. Rosenfeld (Soz.):

Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf um der Verhinderung der Errungenschaften aus der Revolution wieder zurück zu machen. Wir hatten an dem Wahlrecht für die Militärgerichte, wie es die Revolution geschaffen hat, fest und sind nicht gewillt, an seinem Abbau mitzuwirken. Es sollen jetzt in der Hauptsache solche Gerichte entscheiden, in denen die Mehrheit von Offizieren gebildet ist. Das ist nicht geeignet, das Vertrauen in die Rechtsprechung der Militärgerichte zu heben. Ich fürchte, daß das gerade die Ursache dazu sein wird, um Vertrauen gegen die Militärgerichte zu erzeugen. Dieses Vertrauen wird noch gesteigert durch eine Erklärung, die der Reichswehrminister im Ausschuss abgegeben, die er allerdings später abzuschwächen versucht hat. Nach dieser Erklärung müsse ein Offizier im Gericht sitzen, der das Interesse des Staates wahrnimmt. Ich bin der Meinung, daß die Gerichte die Wahrheit ermitteln und nicht die Interessen des Staates wahrzunehmen haben. Es ist höchst eigenartig, daß ein Minister aussprechen konnte, daß neben der Ermittlung der Wahrheit noch die Interessen des Staates stehen müssen. Das muß das Vertrauen der Menschen in die Rechtsprechung der Militärgerichte erschüttern. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Zu unserer Ablehnung dieser Vorlage werden wir noch bestärkt durch die Begründung, in der es heißt, daß Unteroffiziere und Mannschaften nicht immer ausreichend das zur Aufrechterhaltung der militärischen Manneszucht erforderliche übersehen könnten. Hierzu seien nur die Offiziere kraft ihrer Dienststellung, Ausbildung und Erfahrung in der Lage. Das ist die alte Auffassung des kaiserlichen Regimes, die im Weltkrieg zusammengebrochen ist und jetzt wieder aufgerichtet werden soll. Wenn es in der Begründung weiter heißt, daß man aus Sparmaßregeln die Zahl der Richter herabgesetzt habe, so sind wir der Meinung, daß an anderen Stellen der Reichswehr besser gespart werden könne, als bei der Rechtsprechung. Aus all diesen Gründen sind wir nicht in der Lage, dieser Vorlage zuzustimmen. (Lebh. Beifall h. d. Soz.)

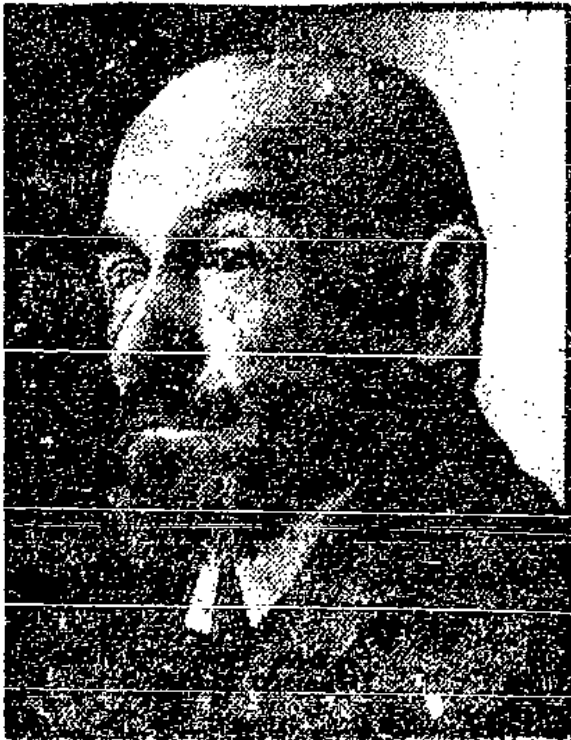
Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Beratung unter Ablehnung aller Änderungsanträge gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Abgelehnt wird auch eine sozialdemokratische Entschließung, die die Reichsregierung zu ersuchen, die Disziplinarstrafordnung dahin zu ändern, daß nur rechtskräftig festgesetzte Disziplinarstrafen vollstreckt werden dürfen.

In namentlicher Abstimmung mit 216 gegen 125 Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen wird die Entschließung:

Die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für alle im öffentlichen Dienst stehenden Personen die Heranziehung zum Zweikampf und die Annahme einer solchen Herausforderung als Grund der Entlassung bzw. fristlosen Lösung des bestehenden Vertragsverhältnisses bestimmt wird.

Dann verlagert sich das Haus auf Freitag. Auf der Tagesordnung stehen Anträge der Parteien, besonders zu den Steuererlassen.

## Hellmuth von Gerlach,



Der bekannte republikanische Schriftsteller und Pazifist wurde 60 Jahre alt. Er war bis 1893 Regierungsassessor, verließ dann den Staatsdienst und lebte von seiner schriftstellerischen Tätigkeit. Als Herausgeber des Berliner Blattes „Welt am Montag“ wurde er weiteren Kreisen bekannt. Nach dem Umsturz von 1918 war Gerlach einige Zeit als Unterstaatssekretär im Preussischen Ministerium des Innern tätig und trat dann als Vorstandsmitglied der „Deutschen Friedensgesellschaft“ hervor. Gerlach gehört mit zu den von den Reichsparteien beliebtesten Männern.

## Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Der Reichstag verabschiedete am Donnerstag das Arbeitsgerichtsgesetz, wobei Änderungsanträge Bayerns mit 44 gegen 22 Stimmen abgelehnt wurden. Im Gesetze Bayerns bestand sich Württemberg und Mecklenburg. Zweck dieses Gesetzes ist, eine allgemeine einheitliche Arbeitsgerichtsbarkeit für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schaffen. In ganz Deutschland soll auch für Gemeinden unter 20000 Einwohnern ein lückenloses Netz von allgemeinen Arbeitsgerichten geschaffen werden unter Beteiligung der Gewerbe-, Kaufmanns- und Innungs- und Handwerksgerichte. Die Arbeitsgerichte sollen für alle Arbeitnehmer zuständig sein. Es werden drei Instanzen geschaffen: Arbeitsgerichte für den Bezirk eines Amtsgerichts, ein Landesarbeitsgericht für jedes Land und schließlich ein Reichsarbeitsgericht. Die Besitzer sollen durch die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden auf Grund von Vorschlagslisten berufen werden. Das Reichsarbeitsgericht ist als ein Teil des Reichsgerichts gebildet. Sämtliche Instanzen sollen mit Richtern und Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besetzt werden.

Polen gegen Polen. In Dresden fand gestern eine Protestversammlung aller dort wohnhaften polnischen Staatsangehörigen gegen die schlechte Behandlung der Deutschen in Polen statt. Die folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Den in Deutschland lebenden Polen werden von den deutschen Regierungsstellen den Verhältnissen nach durchaus beachtenswerte Lebensmöglichkeiten gewährt, während dies in Polen Deutschen gegenüber nicht der Fall ist. Polen und Deutschland sind wirtschaftlich so eng verbunden, daß nur gegenseitige Freundschaft den beiderseitigen Staatsangehörigen nützlich sein kann. Wir bitten deshalb die polnische Regierung, alle Deutschen in Polen gegenüber drückenden und erbitternden Maßnahmen zu unterlassen und, soweit solche bestehen, sie aufzuheben.“

## Kütritt der ungarischen Regierung gefordert.

Budapest, 4. Februar (Eigener Drahtbericht). In der ungarischen Kammer kam es am Mittwoch anlässlich einer Debatte über die Fiskalangelegenheiten wieder zu heftigen Szenen. Als der Abgeordnete Nagy behauptete, Bemische dafür zu haben, daß Ministerpräsident Graf Bethlen bereits von der Beteiligung des Polizeichefs Kadoffy Kenntnis hatte, als er ihn mit der Untersuchung des Starbabs beauftragte, führten die Fraktionen der Regierungsparteien wie aus einem Munde: „Lüge, Verleumdung“. Der Grund dessen erklärte sich Nagy bereit, dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss keine Beweise zu unterbreiten.

Anschließend hielt der sozialdemokratische Abgeordnete Peyer eine lange, in überaus leidenschaftlichem Tone gehaltene Rede, in der er die Frage der politischen Verantwortlichkeit des Kabinetts betonte, namentlich aber des Ministerpräsidenten selbst aufwarf. Er kennzeichnete bei dieser Gelegenheit die Entwicklung der letzten Jahre, zu der die Regierung durch ihre mühevolle gegen rechts und die indirekte Unterstützung von geheimen Organisationen beigetragen habe. Nur unter diesen Umständen habe die Finanzkrise entstehen können. Insofern besitze die heutige Regierung die Pflicht, die Konsequenz aus der Tatsache zu ziehen, daß ihre Tätigkeit für das Land erfolglos war und sie nichts anderes getan habe, als Geheimorganisationen zu züchten. In übrigen verwies Peyer auf die merkwürdige Abtätigkeit des Kabinetts, sich eine Ermächtigung zur finanziellen Weiterführung der Verwaltung erteilen zu lassen. Die Regierung verfolge damit offenbar den Zweck, das Haus zu verlegen und dadurch eine große politische Ungleichheit der Öffentlichkeit zu erzeugen. Peyer schloß mit der Verlesung einer Erklärung, die im Namen der gesamten Opposition verfaßt war und in der wegen der praktischen Nichtverfolgung der Urheber der Fiskalungen Kütritt der Regierung gefordert wird.

## Amerikas Kriegsarchive geöffnet.

Nach einer Meldung der „B. J. am Mittag“ aus Washington hat die Kongressbibliothek im Auftrag des amerikanischen Senats alle verfügbaren Dokumente über den Ursprung und die Ursachen des Weltkrieges zusammengefaßt. Der umfangreiche Band, zu dessen Herstellung auch deutsche Quellen benutzt wurden, dürfte dem Senat am Mittwoch zugehen.

## Kleine Auslandsnachrichten.

Die Konferenz der Kleinen Entente. Die seit Monaten verschobene Konferenz der Kleinen Entente, die ursprünglich in einem slowenischen Kurort stattfinden sollte, ist nun endgültig auf den 10. Februar festgesetzt, und zwar nach dem rumänischen Ort Temesvar. Geographisch ist man also Rumänien entgegengekommen; bekanntlich beruhen die Schwierigkeiten, die der Einberufung der seit Oktober fälligen Konferenz entgegenstehen, vor allem auf den Gegensätzen in der Auffassung des Verhältnisses zu Rußland. Prag und Belgrad wollen die Beziehungen nach Moskau aufnehmen, Rumänien nicht. Es ist nun bezeichnend, daß die Konferenz nach Ankündigung französischer Mächte wahrscheinlich nur einen Tag dauern und die „Unveränderlichkeit“ der Ansichten der beteiligten Staaten festlegen soll. Hauptgegenstand werde die Einigkeit im Verhältnis zu Ungarn betont werden. Die ungarische Frankfurter-Affäre, die in Frankreich und in den drei Ländern der Kleinen Entente besondere Empörung hervorgerufen hat, ist also zur Keitern des Kleinen Entente geworden.

Konkretisierung des polnischen Konsularabkommens mit dem Sowjetbunde. Der polnische Senat ratifizierte das Konsularabkommen mit dem Sowjetbunde. Danach wird die Sowjetregierung in Danzig ein Generalkonsulat einrichten und Konsulate in Lodz und Lemberg; Polen wird in Kiew, Warschau, Lissa und Chabarowsk Konsula ernennen. Im Senat befragte der Reichspräsident Abg. Batow (Rad.-Dem.) den geringen Umfang des polnisch-russischen Handels, der 1925 nur einen Gesamtumsatz von 14 Millionen Rubel ergeben habe, während allein der russische Transit durch Polen von und nach Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei 53 Millionen Rubel betrage.

Das polnisch-rumänische Bündnis. Bei den demnächst beginnenden Verhandlungen über eine Erneuerung des polnisch-rumänischen Bündnisses und Militärvertrages von 1921 will man in Polen als der gebende Teil auftreten; die durch die Verminderung des Druckes auf die polnische Ökonomie eingetretene Verbesserung der Situation für Polen soll dazu ausgenutzt werden, um von Rumänien vor der Erneuerung des Vertrages eine Entschädigung der durch die rumänische Agrarreform in der Bukowina enteigneten polnischen Großgrundbesitzer durchzuführen. Der dem Außenministerium nahestehende „Messager Polonais“ schreibt zu diesem Thema, daß das Bündnis seinem Inhalt nach weiter bestehen würde, daß jedoch in der Form einige Veränderungen eintreten würden. Das Bündnis wurde 1921 auf fünf Jahre geschlossen und seine Gültigkeit erlischt am 3. März dieses Jahres.

## Der Pfarrer Hell von Petlach



## Aus aller Welt.

Ein „Platz der Republik“ in Berlin.

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde der sozialdemokratische Antrag, dem Magistrat die Umbenennung des Königsplatzes in „Platz der Republik“ zu empfehlen, angenommen. Der kommunistische Antrag auf Benennung des Königsplatzes als „Platz der Revolution“ wurde abgelehnt. Die Umbenennung bedarf jetzt noch der Zustimmung des Berliner Polizeipräsidenten, der bekanntlich Sozialdemokrat ist.

Entscheidung einer Oberbühne.

In Gegenwart der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und Vertreter der Behörden wurde am Donnerstag im Treppenhaus des Heidelberger Rathauses die von dem Stuttgarter Bildhauer Kerginger angefertigte Büste des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert enthüllt. Die Enthüllung erfolgte durch den Oberbürgermeister Wals.

Eine Filmpremiere in der Luft.

Spiegelte sich am Donnerstag nachmittags 1.20 Uhr über Berlin ab. In Tempelhof stiegen mehrere Berliner Journalisten mit einem der größten Zwitter-Verkehrsflugzeuge aus, um die erste Filmvorführung in der Luft zu erleben. Man zeigte dem Film von der „Berliner Welt“, der nach einem Roman von Conan Doyle geschrieben ist.

Auf der Wagne wohnhaft geworden.

Ein Musik-Lion im Hippodrom-Theater in Cashford in England. Kurz nachdem er aufgetreten war, schickte er sich mit dem Armen umher und rief mit lauter Stimme: „Ich bin der allmächtige Gott!“ Er wurde in eine Heilanstalt gebracht.

Sonnenflecken und Radiowellen.

Im Observatorium der französischen Stadt Meudon wurde in den letzten Tagen des Januar beim Erforschen eines großen Sonnenflecks, dem ein magnetisches Gewitter folgte, eine bedeutende Verstärkung der ankommenden Radiowellen festgestellt. die beispielsweise bei dem römischen Sender das Fünftfache der normalen Stärke betrug. Die kosmische Ursache dieser Erscheinung bedarf noch der wissenschaftlichen Untersuchung.

Das moderne Autoflugzeug.

Die Vorstellung eines Flugzeugs, das mittels eigener Kraft vom Flugplatz durch die Straßen einer Stadt in eine Garage zurückkehrt, ist so verblüffend, daß man nicht recht daran glauben möchte. Diese Kombination von Automobil und Flugzeug hat jedoch ihre Feuerprobe in Paris glänzend bestanden. Es handelt sich um eine von dem französischen Ingenieur Lampier konstruierte Maschine, mit der der Erfinder kürzlich durch die Straßen von Paris fuhr, um dann von einem großen Flugplatz aus die Reise in die Luft anzutreten. Es bedurfte nur einer Arbeit von 30 Minuten, um das Automobil durch Abnahme des Landungsgerüsts und Aufrollen der Tragflächen in ein Flugzeug zu verwandeln. Bei der Kombination ist hinter dem Flugzeugmotor ein Hilfsmotor eingebaut, der durch einen senkrechten Schaft mit dem konischen Rad in Verbindung steht, das seinerseits wieder zu der Achse des Hauptantriebs führt. Wenn das Doppelflugzeug auf dem Boden landet, werden die Tragflächen parallel zum Gestell durch Herausnahme von zwei Bolzen nach rückwärts umgelegt und ein Gestell aus Rädern an dem rückwärtigen Teil des Gestells aufmontiert, wodurch das Flugzeug zum fahrbereiten Auto umgewandelt wird. Der Hilfsmotor, der zunächst für die Landefahrt bestimmt ist, kann sowohl beim Start, wie beim Aufstieg in die Luft miterwendet werden, so daß er auch beim Flug gute Dienste leisten kann.

Ein Seubekunglid.

wird aus Bittsburg in den Vereinigten Staaten gemeldet. Etwa 25 Bergleute wurden das Opfer einer Schlagweiserexplosion.

Schwerer Schneesturm in Amerika.

Vorgestern Abend tobte an der ganzen atlantischen Küste Amerikas ein gewaltiger Schneesturm, der die Eisenbahn- und Schiffsverkehrsverbindungen schwerer störte.

Was! Solchen Ein! Immer mit ungenau! Das ist die Schwäche, die des Christentums verwirklichte sein!



# Promenaden-Theater Ah-Lichtspiele

Promenade und Dominikanerplatz

Schweidnitzer Straße 37

10460

10461

## 2. Woche verlängert!

### Die Uraufführungen des Bombenerfolges!

Tollster Humor

# Pat und Patachon als Millionäre

mit großem Lustspiel-Beiprogramm!  
Jugendliche halbe Preise!

Das mondäne Sittenbild

# Moral der Gasse

Der Film deutsch. Bombenbesetzung!  
Ein Rausch von Großstadt-Freuden!

### Stadt-Theater

Freitag 7 1/2 Uhr:  
**Das verlebte Leben.**  
Sonntag 7 1/2 Uhr:  
Unter Leitg. des Komponisten  
**Li-Tai-Pe.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr:  
Kostümierte  
zu ermäßigten Preisen.  
**Undine.** 10415  
7 Uhr:  
**Tannhäuser.**

### Schauspielhaus

**Operettenbühne.**  
Tel. Stephan 37480.  
Täglich 8 Uhr:  
Gastspiel **Ellie Leax**  
Auftreten **Walter Jankuhn**  
In neuer Ausstattung:  
**Die Zerejina**  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
Auftreten **Walter Jankuhn**  
In neuer Ausstattung:  
**Der Orlow.**

### Lobetheater

Königsstr. 8, Tel. No. 6774  
Freitag, den 5. Februar, 8 Uhr:  
**Das große Welttheater.**  
Sonntag, d. 6. Febr., 8 Uhr.  
Zum ersten Male!  
Der herrliche Weinberg.  
**Shallatheater**  
Schweidnitzer 3, Tel. No. 6700  
Freitag, den 5. Februar, 8 Uhr:  
Beste Volksvorstellung  
zu ermäßigten Preisen  
Der Kreidekreuz.  
Sonntag, d. 6. Febr., 8 Uhr.  
Zum ersten Male!  
Eriehäbel.

## Breslau hat seine Sensation To Rhama

### Liebig-Theater.

Dann ein anerkanntes  
Variété-Programm.  
Täglich 8 Uhr.  
Eintrittspreis von 0,75 an  
Jeden Sonntag 3 1/2 Uhr:  
Nachmittags-Vorstellung  
zu halben Preisen.  
Jugendliche haben Zutritt.

### Hentner's Festsäle • Morgenau

Sonntag, den 6. Februar 1926  
**Großer Maskenball**  
maskiert und unmaskiert  
des Athletiksportvereins Germania 1897  
Großer Jubel und Trübel  
Prämierung der 2 schönsten Damenmasken  
und der originellsten Herrenmaske  
Eintrittspreis:  
Herren 20 Pl., 25 Pl. Damen 40 Pl., 25 Pl. Damen  
Anfang 6 Uhr  
Es ladet ergebenst ein Der Vorstand.

### Unwiderruflich nur bis Montag!

Der schönste Film des Jahres:  
**Ein Walzer von Strauß.**  
Ferner: Der Wild-West-Schlager: **Sturmwind.**  
Sonntag 3 Uhr: Große Kindervorstellung.  
Tom Mix in **Höher als die Wolken**  
und Grottesken.  
Einmal 2 Uhr. Eintritt nur 30 Pl.

## ZIRKUS STRASSBURGER

täglich 7-11 Uhr  
**Der Gipfel der Tollkühnheit!**  
Die gewaltigste Sensation des Tages  
2 Meter offene Schiffe und das Kolossal-Programm!  
Karten: Barock und Ehrenkassen.  
Januar-Gutscheine weiter gültig!  
Sonntag: 2 X nachmittags 3.30  
abends 7.30 Uhr  
Nachmittags Kinder und Erwachsene halbe Preise.

**Druckerei Volkswacht**  
bestylt moderne Drucksachen  
Breslau 2 Flurstraße 4/6

### Etablissement „Letzter Keller“

Sonntag, den 6. Februar:  
**Großer Maskenball**  
veranstaltet von **Mandelbaum-Haus, Dreikönig**,  
Mitglied des D. A. M. B.  
Prämierung der 2 schönsten Damen-  
und der originellsten Herren-Maske  
— Original-Jazzband-Kapelle —

### Café Goldene Krone

Konditorei Bestellgeschäft  
Ecke Ring - Ohlauer Straße  
Täglich nachmittags 4 Uhr:  
Konditorei-Betrieb mit gutem Konzert!  
Abendlich:  
Kaffeehaus-Betrieb  
Kapelle Haber vom Café Vaterland, Berlin  
II. Etage 12 Billards

### Billiger Fleischverkauf!

Schweinefleisch	Pfd. 95 Pl. bis 1.10 Mk.
Rindfleisch mit Knochen	Pfd. 70-90 Pl.
Rindfleisch ohne Knochen	Pfd. 1.00-1.20 Mk.
Kalbfleisch	Pfd. 90 Pl. bis 1.00 Mk.
Hammelfleisch	Pfd. 90 Pl. bis 1.00 Mk.
Ranchfleisch	Pfd. 1.20-1.30 Mk.
Gelacktes	Pfd. 80 Pl.
Rindfleisch	Pfd. 80 Pl.
Rindfleisch	Pfd. 80 Pl.
Knoblauch	Pfd. 20 Pl.
Leberwurst u. Prellwurst	„ 30 Pl.
Mettwurst und Mortadella	„ 30 Pl.
Welche Zerwurst	Pfd. 35 Pl.
Geschäufelte Bratwurst	Paar 20 Pl.

Adolf Weiß, Heiligerstraße 13 Fernsprecher Ring 2669.

### Größtes Breslauer Frad-Verleih-Institut

Geschlo. u. Einwohn.-Kauf, Cuhaway mit  
geschlossenen Benckel, Faletois, Jolyander,  
Klapphüte, Grad-Kittel  
10485  
**Hermann Rohaupt**  
zur Karstraße 1, 1. Etage (früher Albrechtstraße).

### Pfannkuchen

4 Stück 10 Pf. 3 Stück 10 Pf. 77  
à Stück 5 und 10 Pf.  
Verstehen gefüllt Täglich frisch.  
Gutes Kaffeegeschäft • Schaumpräparat  
billige Preise.  
Konditorei Feldstr. 31 u. Zilliale Dfenertstr. 12

### Der Fall Rappich und die Kronprinzen-Affäre in Oels

Auch ein Beitrag zur Fürsten-Habgier!  
Preis 30 Pf.  
Zu haben in der Volkswacht-Buchhandlung,  
bei den Kooperteuren und Straßenhändlern.

### T. d. N.

Fürstentstraße No. 32 10462  
Ab Freitag, den 5. Februar:  
**Der Blitzchauffeur**  
mit Reginald Deany  
und das gute Beiprogramm — Dreißig-Wochen.  
Veranstaltet! Ab 12. Februar:  
**Das Phantom der Oper.**  
Beginn: Wochentags 6, 8 1/2, Sonntags 4, 6, 8 1/2, Uhr  
Sonntag 2 1/2 Uhr:  
**Gr. Jugendvorstellung**

### Seidenhüte

**Carlsplatz 3**  
R. Glücksmann

### Sofort Geld!

Leihamt Rother  
Albrechtstraße 43, I.

## Lebensmittel-Großhandlung Max Schönfelder

Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Es dürfte allseitig sehr angenehm empfunden werden, daß es mir besonderer Umstände halber möglich ist,  
**Pa. amerik. Schweinefleisch**  
allerbestes Pure lard  
auf per Pfund Mt. 0.88 zu ermäßigen.  
Rinderfleisch la . . . per Pf. 1.20  
Rindfleisch in 500 g Tafeln . . . 0.87  
Rindfleisch la . . . 0.65  
Bei Einkauf von Margarine empfehle ich immer wieder meine Spezialmarke  
„Goldene Welle“  
per Pf. 0.68  
bester ungegaltener Landbutter-Erfolg.  
**Wurstwaren**  
Echte Rügenwald Mettwurst p. Pfd. 1.40  
Echte Rügenwald Leberwurst „ 1.20  
Beil. grobe Mettwurst (Kielbasse) „ 1.40  
Holsteiner Dauerwurst „ „ 1.30  
Zerelatwurst in Fettbarm, „ „ „  
ausgezeichnetster Qualität „ 2.40  
Schinkenpied „ „ „ 2.40

**Räseforten**  
Schweizer Käse, festig, weich p. Pfd. 1.60  
Edamer Käse, ausgegüht „ „ 1.10  
Tilsiter Käse, mild u. festig „ „ 1.40 und 1.00  
Emmentaler Schmelzkäse, „ „ „  
ungeteilt, per Schachtel 1.25  
6-teilig, per Schachtel 1.30  
Koppentate . . . p. Pfd. 1.20  
**Neu aufgenommen!**  
**Camembert-Käse**  
50 Prozent Fettgehalt, die Schachtel 0.35  
**Badobst-Artikel**  
Pflaumen, tiefdunkel u. süß, per Pfd. 0.34  
Pflaumen, tiefdunkel u. süß „ „ 0.45, 0.50, 0.60, 0.80  
Kirschen, süß u. sauer „ „ per Pfd. 0.80  
Melange-Dörs, p. Pfd. 0.40, 0.50, 0.60, 0.80  
La Kalif. Pflaumen . . . per Pfd. 1.40  
La Kalif. Aprikosen . . . per Pfd. 1.40  
La Kalif. Birnen . . . per Pfd. 1.40

Der große **Räumungs-Verkauf**  
in Gemüse- und Früchte-Artikeln  
wird, solange die Bestände reichen, fortgesetzt.  
Die Preise sind aufs äußerste errechnet und beträgt die **Gemäßigung bis 20%**  
**Gemüse-Konserven**  
2 Pfd.-Dose  
Schnittbohnen, saftfrei . . . 0.66  
Spinat, la . . . 0.48  
Kohlrabi mit Grün . . . 0.48  
La geschnittene Karotten . . . 0.45  
Zunge kleine Karotten . . . 0.82  
Solen, mittelfeine . . . 1.00  
Stangenporgel, extra stark . . . 4.20  
„ „ stark . . . 3.65  
Bruchporgel, stark . . . 2.95  
Steinpilze, bayerische . . . 1.05  
Pflaumen, la, verlesen . . . 1.25

**Früchte-Konserven**  
Apfelsinen, Edelobst . . . 0.63  
Pflaumen, blau mit Stein . . . 0.65  
Pflaumen, blau ohne Stein . . . 0.90  
Stachelbeeren . . . 0.95  
Garten-Erdbeeren, la . . . 1.95  
Pflaume, halbe Frucht, geschält . . . 2.40  
Mirabellen, Meher . . . 1.25  
Birnen, weiß, Edelobst . . . 1.45  
Auf sämtliche Gemüse-, Früchte- und Nis-Konserven, soweit diese hier nicht aufgeführt sind und soweit die Bestände reichen, gewähre ich auf meine Listenpreise **10% Rabatt.**

Es kommen nur 1a Konserven aus den renommiertesten Fabriken bei strammer Packung zum Verkauf.  
**Röst-Kaffee**  
In die Seele meines Geschäftes u. empfehle immer wieder meine unübertroffene Qualitätsmarken vergleichend z. probieren.  
Edel-Mischung . . . p. Pfd. 4.—  
Karlshaber Mischung „ „ „ 3.60  
à la Café Rupp, Karlshad „ „ 3.20  
Wiener Mischung „ „ „ 2.80  
Schönfelders Spez-Mischung „ „ „  
Schönfelders gemahlener Kaffee mit Zusatz . . . per Pfd. 1.20  
u. a. m. . . 10459  
Verkauf u. Versand ~~max~~ Albrechtstr. 56

Das Gespräch des Tages!  
**Menschen und Schiffe in der kaiserlichen Flotte**  
von  
L. PERSIUS, Kapitän zur See a. D.  
Gebunden 3.75 Mark.  
Zu beziehen durch: Buchhandl. Volkswacht,  
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

Für die Redaktion verantwortlich: Graf Jansen, für die Anzeigen: Max Todek. — Redaktion: Königsplatz 3. — Sonntags: Straße 4. — Druck und Verlag von „Volkswacht“ u. a. d. J. (amtlich) in Breslau.



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 5. Februar.

Ausgestaltung des Schlossplatzes.

Wenn unter Sinn und Zweck der Architektur das Gefühl, das Angemessene zu erwecken, zu verstehen ist, so schafft die Architektur notwendigerweise soziale Einrichtungen.

Das Gefühl, an welches die Architektur sich wendet, ist ein soziales Gefühl.

Breslau, das man von Süddeutschland heute noch glaubt, mit einem polnischen Wörterbuche bereichern zu müssen, ist zwar reich an alten Bauten. Es hat aber verabsäumt, sich für seine Großstadtentwicklung Erweiterungsmöglichkeiten zu schaffen, besonders an seiner inneren Verschönerung zu arbeiten.

Der Schlossplatz birgt zur Ausgestaltung eines Architekturplatzes einermäßigen gute Voraussetzungen. Er ist an drei Seiten bebaut, nur an einer Seite dem Hauptverkehr geöffnet und an der vierten Seite, dem Stadigraben entlang, mit Bäumen bepflanzt.

Die Lösung für einen Monumental-Platz sollte ich mir etwa so vor

Rückwärts des Stadigrabens und des Generalkommandos müßte eine neue Baustruktur die Errichtung eines mächtig hohen Arkadenbaues gestatten, welcher auch die Straße zwischen Theater und Gouvernements-Gebäude umfassen abschließt.

Selbstverständlich müßte für Befestigung dieses neuen Promenadenweges noch etwas getan werden. Der hohe Giebel der Corpus-Christi-Kirche, das ruhige Dach und der Giebel der Dorothienkirche werden mit Hilfe des Verunstaltungs-Paragraphe dazu beitragen, daß bei Behauptung der jetzt vorhandenen umfassen Bauläden dem Raum-Rhythmus des „Platzes der Republik“ keine Gewalt angetan wird.

Bei einigem wohlwollenden Verständnis und gutem Willen ließe sich mit wenig Geld ein regelmäßiger, wirkungsvoller Architektur-Platz schaffen, zur Hebung des allgemeinen künstlerischen Geschmacks-Niveaus, zum Ansehen der ganzen Stadt Breslau!

Der Verfall der Architektur sei, mitzumachen, wo es gilt, Wohnstätte, Platz, Schule und Turnhalle oder doch etwas was unter diese Einrichtungen fällt, zu schaffen.

Über die Architekten, Bildhauer und Maler haben in unserem rein praktischen Wirtschaftsstadium — dabei ist das Künstlerische durchaus nicht auszuschalten — einen inhaltlichen Platz Ernst Neemann, Architekt

Ein Sechzigjähriger.

Der Genosse Hermann Schmidt, Gauleiter des Verbandes der Zimmerer, begeht heute am 5. Februar seinen 60. Geburtstag. Sein harter und schwerer Beruf hat den Sechzigjährigen körperlich gestählt, so daß er seiner Pflicht als Verbandsleiter in ungehörter Weise nachgehen kann.

Auch politisch zählt Genosse Schmidt als einer der Aktiven. Seine Parteizugehörigkeit währt heute 40 Jahre. In dieser langen Spanne Zeit seines Wirkens hat er einen ziemlich steinigen Weg zu durchschreiten gehabt. Denn wenn ihn die Janestammer nach dem Buchstaben S. ihn nicht zur Bekämpfung erlangen konnte, so erhielt die Sache den Namen Machate und Genossen oder Hönig und Genossen. In den Zeiten der schlimmsten Reaktion lautete die Postbestellung alljährlich: „In einer Ermittlungssache gegen Sie, werden Sie um geladen. Die eine Zeit, wo die Wogen am höchsten schlugen, in der drangsalvollsten Periode, gingen diese Ermittlungen nicht mehr auf dem Polizeipräsidenten sondern vor dem Untersuchungsrichter auf der Graupenstrasse vor sich, in unmittelbarer Nähe der großen Tür. Aber es gab kein Warten.

Nur noch wenige von den Alten sind unter uns, die sich an die Zeit der bruttalen Polizeigewalt in Breslau erinnern. An einem Abend in der Woche fand in dieser Zeit eine Parteiverammlung im Lokale der Gebrüder Köster auf der Friedrich-Wilhelm-Straße statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Kühn sprach in der Versammlung über den Punkt „Die Reaktion in Deutschland“. In der Diskussion wies Genosse Schmidt darauf hin, daß zu dieser Reaktion auch die Unternehmung im Baugewerbe in Breslau gehören, denn bei der eben erst kürzlich von staten gegangenen Jentenerfeier hätten die Innungsstrasser den Zimmererverband ausgefordert, bei der Annäherung seiner Majestät in Berufsstrach Spalier zu bilden. Also jene Schichten des Volkes, die man zu allen Zeiten von den Werkplätzen entfernte, wie ein gezeichnetes Bild, weil sie ihrer Organisation nicht entgehen mochten, sie will man zu solchen Ereignissen benutzen, diese Zusammenwürde eine Schande; in diesem Augenblicke erhob sich der überwachende Kommissar. Den Helm auf den Kopf gestülpt, rief er mit kräftiger Stimme: „Im Namen des Geheißes erkläre ich die Versammlung für aufgelöst!“ Als der Versammlungsleiter Emil Maas nach dem Grunde der Auflösung fragte, erhielt er die Antwort, die Versammlung sei aufgelöst wegen Majestätsbeleidigung. Die hand verordnete Schugmannschaft erhielt den Auftrag, den Uebelthäter sofort zu verhaften. Bei der Kopf an Kopf stehenden Versammlungsmenge war dies aber eine schwere Aufgabe, denn inzwischen hatte es Genosse Schmidt es für richtiger gehalten, sich nach dem Wädelwart zu richten: „Und er verschwand vor ihren Augen.“ Das später aufgenommenen Verfahren mußte eingestellt werden, weil sich aus den mangelhaften Notizen des Polizeikommissars nicht feststellen ließ, ob es eine Schande für Seine Majestät oder eine Schande für die Breslauer Zimmererinnung sein sollte. Inzwischen ist Janes den Weg aller Strecken gegangen und der beleidigt sein sollende Wilhelm ist nach Holland ausgewandert. Genosse Schmidt steht aber auch heute noch mit seiner 60 Jahren auf bestem Fuße.

Concertabend nach Berlin.

Die Reichsbahndirektion Breslau hat den Verkauf der Fahrkarten für den am Sonnabend, den 6. Februar, vormittags 6.38 Uhr von Breslau abgehenden Sonderzug nach Berlin bis zum Abgang des Zuges verlängert. Da bereits jetzt der Fahrkartenverkauf ein recht reger ist, ist anzunehmen, daß der Andrang an den Fahrkartenhällern im letzten Augenblicke ein sehr erheblicher sein dürfte. Es empfiehlt sich daher, Fahrkarten für diesen Sonderzug, der Berlin am Sonntag, den 7. Februar, abends 11.58 Uhr, ab Friedrichstraße verläßt, noch am Freitag nachmittag zu besorgen.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Ein kleines Drama spielte sich gestern vor der Sitzung im Foyer des Landeshauses ab. Beim Büro war vom kommunistischen Parteivorstande die seit der Wahl bereit gehaltene, mit Unterschrift versehene Erklärung des Stadts. Moser eingegangen, daß er sein Mandat niederlegt. Herr Moser aber hatte sich eingeklinkt, um sein Amt weiter auszuüben, und wollte in den Saal eindringen. Zu spät, denn der Henkerbrief befand sich bereits beim Magistrat, und Herrn Mosers Unterschrift war echt. In üblicher Weise wurde deshalb bei Beginn der Sitzung Kenntnis gegeben, daß Herr Moser sein Mandat niedergelegt habe. Ein für die Breslauer Arbeiterschaft bemerkwürdiger Akt vollzog sich bald darauf in der Versammlung in aller Stille; denn ohne Debatte wurde dem Grundstücksverkauf an den Konsumverein „Vorwärts“ zur Errichtung einer eigenen Bäckerei zugestimmt. Zum Krematorium wurde gestern gewissermaßen der Schlussstein gelegt, indem die Gebrauchsordnung und der Gebührenentwurf mit 46 Stimmen bei 75 Anwesenden angenommen wurde. Genosse Wiedera erweiterte die einzelnen Fragen. Die Kosten einer Feuerbestattung betragen sich auf etwa 102 Mark, wozu noch der Betrag für Sarg, Transport und Kirche hinzukommt. Die Einäschungsgebühr selbst ist einschließlich auf 35 Mark festgesetzt. Herr Seppel vom Zentrum verlangte, daß nun nicht etwa das städtische Bestattungsamt Propaganda für die Feuerbestattung mache. Das Zentrum und die Mehrzahl der Deutschnationalen, im ganzen 8 Stadtverordnete, enthielten sich dann der Abstimmung. Wir unterlassen heute ein näheres Eingehen auf den Gegenstand, da wir bei der Wichtigkeit der Sache sowohl die Gebrauchsordnung, wie auch die einzelnen Gebührensätze noch besonders veröffentlicht werden.

Für Notstandsarbeiten wurden 622 742 Mark bewilligt, ferner auf sozialdemokratischen Antrag 10 000 Mark für Bildungszwecke erwerbsloser Jugendlicher. Zu stürmischen Auseinandersetzungen über führte ein sozialdemokratischer Antrag, bei Regierung und Reichstag gegen den geplanten Abbau des Mieterschutzes zu protestieren.

Notstandsarbeiten.

Stadts. Masche (Soz.) vertritt die Vorlage auf Ausführung von Notstandsarbeiten im Gesamtbeitrage von 622 742 Mark, wozu die Stadt 173 936 Mark Beihilfe zu zahlen hat. Redner dankt dem Magistrat, daß er diesmal dem sozialdemokratischen Antrag vom 7. Januar so prompt nachgegeben ist. Von dem Betrage lassen sich 91 600 Tagewerke ausführen, es wird also für 2600 Arbeiter sechs Wochen lang Beschäftigung geschaffen. Zurzeit sind 500 Arbeiter mit Notstandsarbeiten beschäftigt, also werden es künftig 3100 sein. Bezüglich ist auch diese Ziffer richtig, wo wir weit über 40 000 Erwerbslose haben. Wo muß sich der Magistrat weiter um die Schaffung von Notstandsarbeiten bemühen, besonders auch solcher für die erwerbslosen Angestellten. Der Redner verweist auf die Erwerbslosen-Demonstration der vorigen Woche, die allen den Umfang der furchtbaren Not gezeigt hat. Von den Erwerbslosen 12 000 keine Unterfertigung erhalten. Letzteres ist besonders bei den Jugendlichen der Fall, die sich dann in den Familien oft die schwersten Vorwürfe anhören müssen, daß sie dem Vater zur Last liegen. Die geforderten Beträge verteilen sich im einzelnen mit 27 000 Mark auf die Kanalisationswerke, 40 000 Mark auf die Grundbesitzverwaltung, 228 000 Mark auf die Gartenverwaltung, 65 000 Mark auf die Friedhofsverwaltung, 2000 Mark auf das Wohlfahrtsamt, 238 000 Mark auf das Stadtmittel für Leibesübungen (Fortführung der Arbeiten am Stadion) und 23 000 Mk. auf den Carlomag-Kanarner Deichverband. Außerdem haben die Siedlungsgesellschaft Breslau und die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Eigenheim Eichborngarten noch Notstandsarbeiten von zusammen 34 850 Tagewerken angemeldet.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen. Stadts. Frau Eickstein (Soz.) begründet folgenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, sofort Maßnahmen der Fürsorge für erwerbslose Jugendliche zu ergreifen und im Jugendamt für diesen Zweck 10 000 Mk. bereitzustellen. Für Vorträge, Kurse usw. sind die Berufsschulen und die Volkshochschule heranzuziehen. Ueber die Erfahrungen von Düsseldorf und Berlin auf dem Gebiete der Fürsorge für erwerbslose Jugendliche ist sofort zu berichten.

Die Rednerin weist auf die großen moralischen und sittlichen Gefahren, denen die erwerbslosen Jugendlichen auf der Straße ausgesetzt sind. Es gilt, ihnen Räume zu förderlicher Weiterbildung durch Vorträge sowie die Möglichkeit zum Lesen zu gewähren. Zu betauern ist, daß noch nicht alle Jugendlichen, vor allem die Mädchen, der Berufsschulpflicht unterliegen.

Stadtrat Kalkbrenner sagt Schritte des Magistrats im Sinne des Antrages zu, worauf der Antrag angenommen wurde.

Für Aufrechterhaltung des Mieterschutzes

Stadts. Kink (Soz.) begründet den Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion, bei Regierung und Reichstag gegen den

Zur heutigen Protestversammlung

im „Schiefwerder“ gegen die Habzucht der Fürsten bringt die Volkswachtbuchhandlung zum ermäßigten Preise von 80 Pf. Kautskys sehr bekannt gewordener Werk „Wie der Weltkrieg entstand“, dargestellt nach dem Aktienmaterial des Auswärtigen Amtes. Wir empfehlen jedem, der irgend kann, sich dieses Buch anzuschaffen. Es enthält wichtiges Material über die unmeßbare Schuld der habgierigen „Fürsten“.

55 Pfennige Erwerbslosenunterstützung

Dieser harrende Betrag wurde einem Arbeitslosen für eine ganze Woche ausgezahlt, weil er einen Bruder hat, der in Arbeit steht. Man gewährt ihm also 9 Pfennige für den Tag, gleich 54 Pfennige die Woche, und rundete dann die Summe nach oben auf 55 Pfennige ab. Was er mit diesen 55 Pfennigen anfangen soll, das soll uns jemand sagen. Der Bruder hat natürlich mit sich selbst zu tun, bestritt doch sein Lohn auch nur 27 Mark die Woche, und er steht vor der Verheiratung. Manche Leute aber schreien trotzdem über die hohe Unterstützung, die die Erwerbslosen angeblich erhalten.

Erwerbslosenvorstellungen im Stadttheater.

Der Verwaltungsrat der Stadttheater G. m. b. H. hat gemäß dem in der Stadtverordnetenversammlung gestellten Antrag in seiner letzten Sitzung beschlossen, Erwerbslosenvorstellungen einzuführen. Die erste Vorstellung wird bereits in nächster Zeit stattfinden.

geplanten Abbau des Mieterschutzes zu protestieren. Der Städte- tag hat bereits einen solchen Protest beschlossen, und mehrere Städte sind ihm gefolgt. Nachdem die Vorlage der Regierung am Freitag den Reichstag beschäftigt hat, ist sie jetzt im Ausschusse. Es muß verhindert werden, daß die Gesetzgebung zum Erwerbslosenleben käme dann ein noch verhängnisvoller Wohnungselend. Besonders die Wohnungsfragen würden einen ungeheuren Umfang annehmen.

Stadts. Bujalowski (Dnat.): Auf die Reichsbehörden haben wir keinen Einfluß. Wir sollten lieber die Mieter aufklären, daß der Wirt die Hälfte des Geldes, das er als Mieter erhält, als Steuer wieder abführen muß. Ohne den Mieterschutz hätten wir billigere Wohnungen.

Oberratsrat Guttman bestätigt die Verderblichkeit des Gelehenwuns. Eine erhebliche Zunahme der Wohnungsfragen steht zu erwarten. Wir haben keine Möglichkeit, die Leute unterzubringen. Der Neubau vermag sonnt garnicht zu produzieren und der Rotzschiff des Baradenbaues würde die Stadt mit sehr großen Summen belasten.

Stadts. Hahn-Brigen bestritt, daß es überhaupt eine Wohnungsnot gibt. Eine Zählung wird ergeben, daß die Befragten der Wohnungen zu gering sind.

Stadts. Masche (Soz.) wendet sich gegen Bujalowski als Verteidiger seiner Hausbesitzer-Klienten. (Vorleser: Dr. Friedrich züg; diesen Ausbruch.) Bei der Miethöhe der Wohnungslosen kann nur ein ganzes Jahrzehnt intensiver Bautätigkeit Wandel schaffen. Wenn man auf leerstehende möblierte Zimmer verweist, so zeigt diese Erscheinung eben, daß die Not viel zu groß ist, um die Miets für ein Zimmer zu bezahlen.

Stadts. Schmidt (Bodenref.): Die 90 Prozent der Bürger, die durch die Regierungsvorlage geschädigt werden hätten die Rede des Herrn Bujalowski hören lassen. Vor allem auch der Mittelstand, die Kleinhändler und Gewerbetreibenden, die deutschnational gewählt haben, die zwangsweise auf die Straße gesetzt werden sollen, ohne daß ihnen Ersatzraum geboten wird.

Stadts. Bujalowski (Dnat.): Die Gewerbetreibenden werden nicht geschädigt, denn es stehen genügend gewerbliche Räume frei. (Zuruf: Weil die Mietsen so unverändert hoch sind.)

Stadts. Ammon (Komm.) erklärt sich für das Vorgehen gegen den Gelehenwurt.

Nachdem Stadts. Kink im Schlusswort die Einwürfe von Bujalowski und Hahn-Brigen zurückgewiesen, wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Volkspartei angenommen.

Stadtbahn nach Schmiedefeld.

Stadts. Stecher (Dnat.) berichtet über die Vorlage auf Verlängerung der Stadtbahn vom „Lehnen Heller“ bis zur Gemarkung Schmiedefeld, die vor allem auch eine Verbindung mit dem Coseler Friedhof schafft. Redner beantragt Ausschubberatung.

Stadts. Otto (Soz.) und Kohnstod (Komm.) sind für die baldige Annahme, einmal, um die Strecke bis zum Mat, wo doch möglicherweise die landwirtschaftliche Ausstellung stattfinden wird, fertig zu stellen, vor allem aber auch, um sofortige Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Die Vorlage wurde hierauf angenommen.

Die Uebstände auf dem Frühmarkt

Die Uebstände einer dringlichen Anfrage des Stadts. Schade und Genossen im Oktober gewesen, die in die Ausschüsse kamen und nun erst zurückgekommen sind. Die Ausschüsse empfehlen, bald eine Vorlage zur Schaffung einer Großmarkthalle auf dem Eisenbahngelände der Siebenhüener Straße einzubringen.

Stadtrat Cohn hofft, daß in etwa vierzehn Tagen die Anleihefrage erledigt sein wird, so daß dann eine solche Vorlage kommen wird. Eine Erleichterung wird inzwischen auf dem Frühmarkt eintreten, da die Baraden auf dem Blücherplatz im März verschwinden.

Die Ausschubbeschlüsse wurden angenommen.

Ohne Aussprache angenommen wurden folgende Vorlagen: Anrechnung anderwärts verbrodener Tätigkeiten auf das Besoldungsdienstalter des Sekundärarztes Dr. Körner, Tausch von Grundstücken in der Nikolaivorkstadt und Klein Mosbern, Tausch von Flächen vor Fehrbellinstrasse 10/12, Erwerbung des Vorlandes vor Herdainsstrasse 81/83, Verkauf einer Fläche aus dem Grundstück Taubensienstrasse 123/125, Bereitstellung von 30 000 Mark zur Milderung der Not der bildenden Künstler, Neueinteilung der Stadt in Waisenamtsbezirke, Venderung des Fluchlinienplans für die Grundstücke Dahlenweg 21 und 23, Gutachten des Ausschusses VIII über Schaffung von Badeanstalten.

Eine Anfrage des Stadts. Ammon (Komm.) wegen Verweigerung eines Saales im Rathaus zu einer Bezirkskonferenz der „Koten Hilfe“ wurde von Stadtrat Tobler dahin beantwortet, daß die „Koten Hilfe“ eine politische Organisation sei und das Rathaus politischen Vereinen ganz allgemein nicht zur Verfügung steht.

In die geheime Sitzung verwiesen wurde ein Tauschvertrag mit der Synagogen-gemeinde. Man stimmte in der geheimen Sitzung dem Auszubehauftrag zu, wonach der Magistrat Vorderland an der Steinstraße mit dem früheren Omnibusdepot erwirbt, dafür der Synagogengemeinde Hinterland zum Friedhof und 50 000 Mk. gibt. Die Synagogengemeinde hatte den Ausschubbeschluss aus einer Zeitung erfahren und daraufhin dem Magistrat geschrieben, daß 50 000 Mk. ein zu geringer Betrag wäre, weshalb die Sache geheim behandelt wurde. Die Versammlung blieb jedoch bei dem Ausschubbeschluss.

Die Paare für das dritte Breslauer Sechstagerennen

sind wie folgt zusammengestellt worden: Van Kempen-Baja, Pershn-Berschelden, Tonant-Dliberi, van Ras-Marcel-Busse, Faubel-Choury, Hahn-Tieg, Sadow-Bauer, Kieger-Knappe, Lehner-Hausler, Behrend-Stof, Gottfried-Lang, Neben-Bleemolen, Thomas-Martin, Stabe-Pohl.

Der Schreden der Geschäftsleute.

Das Gedränge der Inventurausverkäufe magen sich nicht nur Taschendiebe, sondern auch Ladendiebe zunutze. So hörte man erst kürzlich, daß bei Michaels am Ringe, während des Ausverkaufes Seidenkleider im Werte von mehreren hundert Mark geklaut worden seien. Der Verdacht der Beteiligung an diesem Diebstahl richtete sich auch gegen die 21 Jahre alte Elisabeth Gowahr und es ist die Voruntersuchung gegen diese eröffnet worden. Am Donnerstag stand die Gomohr vor dem Großen erweiterten Schöffengericht, um noch eine alte Tat aus den Jahren 1923/24 zu belegen. Damals hatte sie auch die Zeit der Inventurausverkäufe benutzt, um bei Petersdorf, der Gefa, Reslow und Welschowsky Ladendiebstähle auszuführen. Gestohlen hat sie Wäsche, Seidenkleider, Kleiderstoffe, Zumper, Strümpfen usw. Beim Verkauf der geklauten Waren war ihr damaliger Verkäufer, der 23jährige Kellner Alfred Tannigle, behilflich. Vor Gericht behauptete die Gomohr, Tannigle hätte sie zu den Diebstählen angeführt, was dieser bestritt. Auch der Kellner Willi Bähold hatte beim Abzug der Sachen mitgewirkt. Während Bähold nur wegen einfacher Diebstahl angeklagt war, lautete der Vorwurf der Gomohr auf gewerbsmäßige Heisteret. Der Staatsanwalt beantragte deshalb gegen diesen zwei Jahre Zuchthaus. Das Gericht erkannte gegen die



So oder, deren Mutter, wie noch erinnern ich dürfte, wiederholt wegen Ladenaufstiebs heftig wurde, auf ein Jahr Gefängnis, sieben Monate und zwei Wochen wurden für verurteilt erachtet. Tarnigelt erhielt wegen einfacher Diebstahl im Rückfälle ein Jahr Gefängnis, wovon vier Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurde. Tarnigelt erhielt drei Monate Gefängnis. Eine Reihe weiterer Angelegter wurden freigesprochen.

### Ein hartes Urteil.

Vor dem Breslauer Schwurgericht stand der 30 Jahre alte Bohrer Max Tigner, um sich wegen Meineids zu verantworten. Der Angeklagte war im Dezember 1924 in einem Prozeß vor dem Großen Schöffengericht, das gegen zwei Eisenbahnbeamten wegen Urkundenfälschung verhandelte, als Zeuge vernommen worden. In dieser Verhandlung kam auch zur Sprache, daß der eine Eisenbahnbeamte eine Jagd nach Wien unternommen, ihm unterwegs aber das Geld ausgegangen war. Der Eisenbahnbeamte habe sich in einem Telegramm an Tigner gewandt, damit er ihm sofort Geld nachschicke; denn Tigner habe Kenntnis von den von den beiden Eisenbahnbeamten begangenen Straftaten, und soll Tigner ihm in Breslau zur Sache begleitet haben. Alles dieses tritt Tigner in dem damaligen Prozeß ab und gab auch nachträglich vermacht wurde, Strafbefehl und die Angelegenheit auch mit dem Eide. Nach an Gerichtsstelle wurde er damals sofort unter dem Verdachte des Meineids verhaftet. Etwa einen Monat hat er in Untersuchungshaft gesessen. Die Folge dieser unüberlegten Handlung war eine Anklage wegen Meineids. Die Beweisaufnahme erbrachte die Schuld des Angeklagten. Der Staatsanwalt beantragte 8 Monate Gefängnis, indem er ihm den Milderungsparagraphen zubilligte, daß er sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigt hätte, wenn er die Wahrheit ausginge. Das Gericht erkannte aber auf 1 1/2 Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und sofortige Verhaftung. Die anwesende Frau des Angeklagten brach bei diesem Urteil zusammen.

### Viellich-Theater.

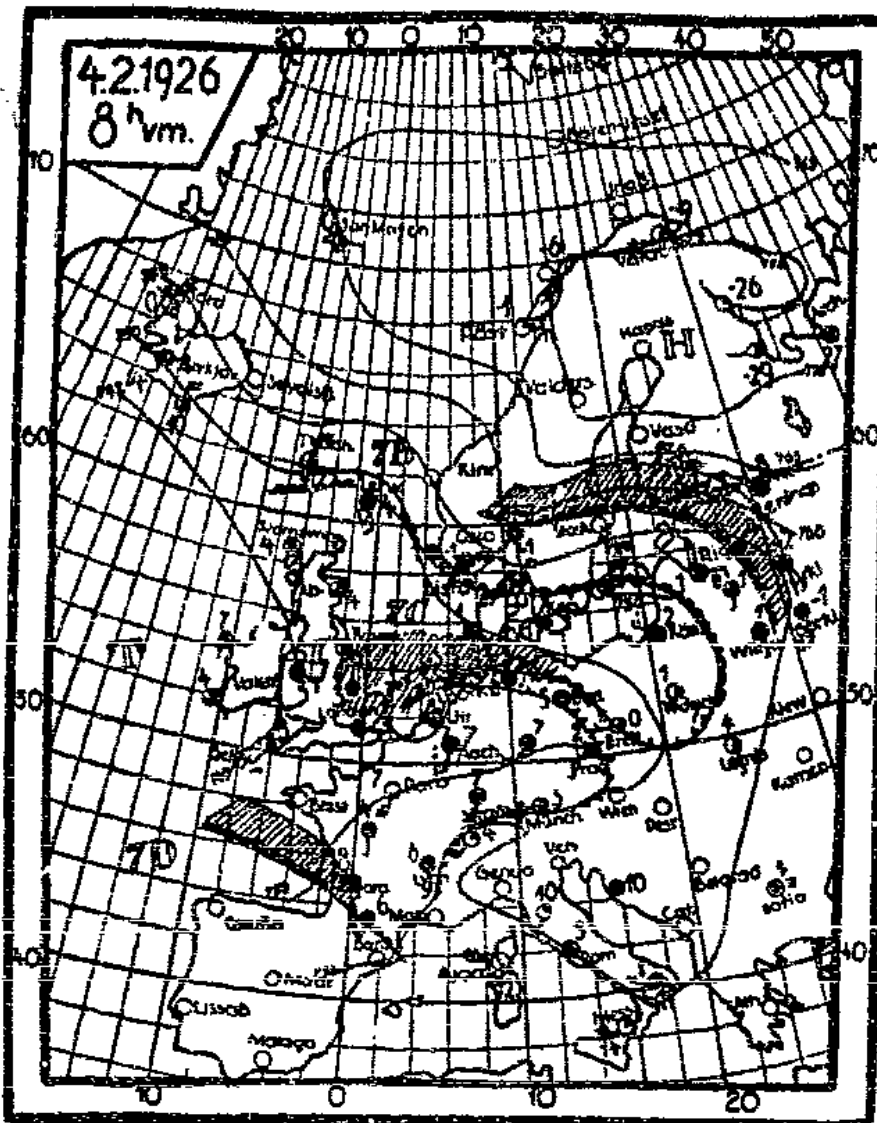
Ueber Lo Khama, den Koffer und Tierdoktor, der mit seinen Willenskräften auch der Wissenschaft ein Rätsel bietet, haben wir bereits ausführlich berichtet. Aber auch das übliche Programm bietet mancherlei Überraschendes. Vor allem Chester A. Kingston, der Chineser ohne Knochen, wie er auch genannt wird. Er entwirft einem so kleinen Kästchen, daß man an irgend einen Zaubertrick glauben müßte, wenn er sich nicht zum Schluß eines Aufnahmegerätes in diesem Kästchen sehen ließe. Und was er dort leistet, reicht fast über alles hinaus, was die Kunst der Gummimänner an Körperverrenkungen zu leisten weiß. Ganz Ungewöhnliches wird auch von Richter und Rat auf dem Gebiete der Tanzkunst geleistet. Ebenso sind Kyan und Burt mit ihren Saltos auf dem Sprungtisch mit an der Spitze alles Scherensitzen. Der amerikanische Ballett hat in Käthe Sandwina eine weiblichen Nachfolger erhalten. Die verschiedensten Kraftproben, die ehemals an Kreisler bewundert wurden, werden auch von ihr vollbracht. Nicht weniger interessant sind die Brüder John Alex als fängende Skrobater zu geben. Duncans Scottliche Schäferskünde sind nach längerer Zeit wieder einmal da. Die hübschen Tiere mit ihrer ausgezeichneten Dressur sieht man auch immer wieder einmal recht gern. Fellig G. Wolf treibt Schmälmalerei, und natürlich fehlt auch der allmonatliche Humorist nicht. Diesmal nicht Max Margelki zur Freude der Besucher auf der Bühne herum.

## Distriktsversammlungen

haben Montag, den 8. Februar, abends 8 Uhr, in allen Distrikten statt.

Tagesordnung:

„Volksbegehren und Volksentscheid!“



**Zeichenerklärung:** Owalchen, SW bedekt, OH bedekt, S bedekt, ganz bed. Regen, \* Schnee, A Graupel, H Hagel, T Gewitter, CO Dunst, B Nebel. Die Spitzen der Windpfeile liegen im Stationskreis; die Befiederung gibt die Windstärke an. Windrichtung: Die Zahlen neben den Temperatursymbolen in Grad Celsius. Beispiele: 15°, 5°, 15°, 15°, 15°. S bedekt, Schnee, starker Nordwest. — 4°. Schichtwolkendeckung: Niederschlag mit Schneeverwehung, Nebelgebirge, Schneeverwehung, Nebelgebirge, Schneeverwehung, Nebelgebirge. Wärmeströmung (Einstrahlung), Kälteströmung (Ausstrahlung), Divergenzlinie. Fronten, die nur in der Höhe erkennbar sind, werden durch die gleichen Symbole aber mit offenen Feldern angedeutet. Schwach ausgeprägte Fronten werden durch lockere Felder gekennzeichnet. Die Orte mit gleichem Meeresspiegel reduzieren Luftdruck sind durch feine ausgeogene Linien (Isobaren) verbunden. Hochdruckgebiete sind durch H, Tiefdruckgebiete durch T gekennzeichnet. Die Luftdruckwerte in mm Quecksilber sind als dreistellige Zahlen angegeben. Zur Nummerierung der Zyklenen dienen große offene arabische Ziffern mit lateinischen Großbuchstaben.

### Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krieter bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.) Die gestern nach Schließen gelangte etwas wärmere Luft hat dem Hochstadium ein Ende bereitet. In ihr liegen in ganz Deutschland die Temperaturen bei zeitweiliger Aufbesserung bis zu 10 Grad an. Die sehr kalte Luft über Nordeuropa drängt jetzt die Fronten der Zyklonenfamilie 7 zurück. Ihr Glied 7d ist bis nach England und Westfrankreich vorgedrungen und wird uns nicht berühren. Die Reste der bis nach Polen gelangten Fronten rufen in Nordostdeutschland und Polen kalten Nebel hervor. Die Restluft aus dem Nordosten wird uns wahrscheinlich schon morgen erreichen. Da von Nordost her etwas wärmere Luft noch nordwärts vorzudringen sucht, haben wir infolge Stauwirkung morgen mit der Wahrscheinlichkeit größerer Niederschläge zu rechnen. Diese werden bald in fester Form fallen. Ausföhen: unbeständig, anhaltendes Sinken der Temperatur bis zu Frost. Infolge von Stauwirkung stärkere Niederschläge, freier meist in fester Form.

### Das Wetter im Gebirge.

Schneetage: Schneehöhe 30 Zentimeter, minus 3, Nebel, NW 4, St. leidlich, Kandel gut — Krummhubel: kein Schnee, 4 Grad, bedekt, SW 1. — Leichmannhaube: kein Schnee, 3 Grad, wollig, windstill. — Salingelhaube: 50-60 Zentimeter Schnee, 0 Grad, wollig, windstill, St. leidlich, Kandel gut. — Prinz-Heinrich-Baude: Schneehöhe 50 bis 70 Zentimeter, minus 1 Grad, bedekt, windstill, St. leidlich, Kandel gut. — Schleierhaus: 50-70 Zentimeter Schneehöhe, minus 1 Grad, bedekt, windstill, St. leidlich, Kandel gut. — Wiesenhaube: 50-70 Zentimeter Schneehöhe, minus 1 Grad, bedekt, windstill, St. leidlich, Kandel gut. — Hampelhaube: 50-60 Zentimeter Schneehöhe, 0 Grad, windstill, St. leidlich, Kandel gut. — Reißragerhaube: 80 Zentimeter Schneehöhe, minus 2 Grad, Nebel, NW 2, Sport gut. — Reue Schlesische Baude: 80 Zentimeter Schneehöhe, 0 Grad, Nebel, SW 2, Sport gut. — Ober-Schreiberhaube: kein Schnee, 4 Grad, bedekt, SW 2. — Bad Flißberg: kein Schnee, 5 Grad, bedekt, W 2. — Henschlerhaube: 80 Zentimeter Schneehöhe, minus 1 Grad, bedekt, W 2, Sicht 40 Kilometer, leicht verhärtet, Kandel bis 700 Meter. — Bad Landeck: kein Schnee, minus 2 Grad, Nebel, SW 1. — Bad Reiner: minus 2 Grad, bedekt, SW 2. — Grauwald-Fels-Keuze: 35 Zentimeter Schneehöhe, 0 Grad, bedekt, SW 2, St. mäßig. — Brückenberg: 5 Zentimeter Schneehöhe, Sportmöglichkeit bis 300 Meter oberhalb Kirche Rang, 2 Grad, bedekt, still.

### Wasserstand

Katze	174	Dobersdorf	228
Kaife (Schiff) 1. 2.	147	Schneewitz (Schiff) 154	oben
Kalchberg (Hain-Pegel)	152	Linden	0,89
Koben (Hain-Pegel)	154	Waldenburg	—
Wieg (Hain-Pegel)	257	Waldenburg	+2,8

## Bereinstalender.

Zentralverband der Schuhmacher, Barmbeinung Breslau, Freitag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: Mitgliederversammlung. Der Vorstand. Deutscher Bergbauarbeiter-Verband, Freitag, den 8. Februar, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10: Grobbertrieb der Herren-Vorstellung. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Koblenz und Hettel, Sonntag, den 7. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8: Branchensammlung. Die Vertrauensleute erheben einstimmig eine Stunde vorher. Die Branchenleitung. Deutscher Eisenbahnen-Verband, Sitzung der Betriebsleitung, Samstag, den 6. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Verberatung im Betriebsrat. Vortrag der Kollegen: Kranke, Krankheitsurlaub. Bitte aller Kollegen in punctum zu erscheinen. Die Betriebsleitung. Gewerkschaften, Sitzung der Betriebsleitung, Samstag, den 6. Februar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 18: Konferenz und Verberatung. Die Vertrauensleute werden wegen der Besetzung der Logenräume in Sitzung.

## Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:  
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36  
Telephon: Dnje 5652.

Arbeiter-Wohlfahrtsausch.  
Sente, den 6. Februar, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Ver-  
sammlung im Gewerkschaftshaus. Genossin Prochownik  
berichtet über  
„Gefährdete Fürsorge und weibliche Polizei“.  
Wohlfahrts- und Frauenpflege- und -offizierinnen! Da der  
Vortrag sehr wichtig ist, wird vollstündiges Erscheinen erwartet.  
Alle sich dafür interessierenden Genossinnen und Genossen sind  
ebenfalls eingeladen.  
Jugendabteilung (jungere Gruppe), Sonnabend, 8 Uhr:  
Arbeitsgemeinschaft im Gewerkschaftshaus.  
Jugendabteilung (ältere Gruppe), Sente abends 8 Uhr, im Zimmer 25 des  
Gewerkschaftshauses beginnt unsere Arbeitsgemeinschaft „Das  
Kapital“, Marx, 1. Band. Alle Jugendgenossen sowie inter-  
essierten älteren Parteigenossen, sind hierzu eingeladen.

Reisbannier „Schwarz-Rot-Gold“.  
Ortsverein. Auf Ordnung des Bundes muß die Bundes-  
gründungsfeier in allen Ortsgruppen begangen werden. Diejenige  
des Ortsvereins Breslau findet am 21. d. Mis. im Schiefwerder  
statt. Eintrittskarten zu dieser Veranstaltung, an der auch die  
Bannerverleiher verschiedener Breslauer Banner teilnehmen und  
ab Montag, den 8. d. Mis., bei dem Bannerverleiher und Kassierer  
jeden Banners erhältlich. Kein Kamerad darf an dieser Ver-  
anstaltung fehlen.  
Freigewerkschaftliches Jugendblatt.  
3. d. M. - Jugend, Sonntag, vormittags 9 Uhr, treffen sich alle  
Jugendfreunde zur Vorbereitung vor dem Gewerkschaftshaus:  
Nachmittags 2 Uhr, auf der Altküche (Friedrich-Ebert-  
Straße 98/100): Proben unserer Sportabteilung. Da wir  
uns auf diesem Gebiet noch weiter vervollkommen müssen,  
erwarten wir vollstündiges Erscheinen. Abends von 6 bis  
7 Uhr: Volkstänze, anschließend „Feiere Erzählungen“  
(Jugendfreund Paul Hoffmann) im Zeichenaal, Volksschul-  
haus Tschirnstraße 29/31.  
Arbeiterjugend-Funktionäre  
Der den Vortrag am Sonntag, vormittags 10 Uhr, im  
Gewerkschaftshaus über „Amerika“ besuchen will, meldet sich  
heute abend beim Obmann im Heim. Die Anmeldungen bringen  
der Obmann morgen abend ins Büro. Ohne Anmeldung kann  
niemand teilnehmen.

Bon den Arbeiterkinderfreunden.  
Konfirmanden. Wir kommen Sonntag, von 9 bis 11 1/2 Uhr,  
in der S.-A.-3-Parade, Leihhäder, aufkommen. Die Kinder aus  
den Gruppen 4 und 5 geben von zu Hause so fort, daß sie pünktlich  
eintreffen. Die Kinder aus der Gruppe 1 treffen sich um 8 1/2 Uhr  
am Wechsplatz, aus der Gruppe 2 um 8 1/2 Uhr am Brausebad,  
aus der Gruppe 3 um 8 1/2 Uhr am Waterlooab., aus der  
Gruppe 6 um 8 1/2 Uhr an der S.-A.-3-Parade.  
Fester. Am Sonntag, nachmittags 2 Uhr, treffen wir uns  
am Kondel an der Freiheitsbrücke zu einer Diktation.  
Eltern. Wir haben in diesem Jahre unseren Jahres-  
bericht drucken lassen; derselbe ist ab heute in den Gruppen  
für 10 Pf. zu kaufen. Alle Eltern müssen ihn selbst kaufen und  
interessierte Genossinnen und Genossen darauf aufmerksam  
machen. — Die Programme für unser Elternfest  
sind schon rechtlos ausgegeben. Die Gruppenleiter konnten zum  
Teil nicht soviel Programme bekommen, wie sie benötigen. Für  
alle die Eltern und Genossen, die bestimmt an unserem Elternfest  
teilnehmen wollen, empfiehlt sich deswegen schnelles Kaufen des  
Programms, da sonst keine mehr zu haben sind.

## Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadtheater (Opernhaus). Sente Freitag, 7 1/2 Uhr: Das  
versteckte Lachen“ von Erik Carlouletis. Sonnabend (7 1/2 Uhr)  
geliegt unter persönlicher Leitung des Komponisten die Oper  
„Lal-lal-lal“ zur Aufführung. Baron von Brandenstein ist bereits  
hier eingetroffen, um nach die nötigen Proben für alle Mit-  
wirkenden abzuhalten. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, als Vor-  
stellung zu ermäßigten Preisen Lehnings „Undine“, abends  
7 Uhr „Lannhäuser“ in der Neuauflage von Prof. Turnau  
mit Peter Unterk in der Titelrolle und Gertrude Geversbach als  
Elisabeth. Für Montag ist Leonavallo's Oper „Der Palazzo“  
angekündigt, anschließend folgen die beiden Ballett-Aufführungen  
„Aufsorderung zum Tanz“ und „Die Wuppensee“. Im Laufe des  
Februar gelangt zum zweiten Male in dieser Spielzeit „Der  
Ring des Nibelungen“ zur Aufführung und beginnt am Dienen-  
tag, 8 Uhr, mit „Ahnenergeb“.  
Lobetheater. Heute findet die letzte Abendvorstellung von  
Hermannsthal's Spiel „Das große Welttheater“ in der In-  
szenierung Renato Morbos statt. Morgen Sonnabend, abends  
8 Uhr, wird Carl Judmaner's Lustspiel „Der köstliche Weinberg“  
in der Inszenierung des Intendanten Paul Barnas zum ersten  
Male aufgeführt. Es empfiehlt sich, Plätze für die ersten Vor-  
stellungen telefonisch zu bestellen oder im Vorverkauf zu besterben.  
Theatertheater. Heute abend findet die letzte Volksvorstellung  
von Klambunds „Kreiderei“ zu ermäßigten Preisen statt. Die  
Aufführung ist gleichzeitig die letzte dieses Werkes. Am  
Sonnabend wird Franz Habils „Tischel“ zum ersten Male  
aufgeführt. Inszenierung: Renato Morbo.  
Schauspielhaus (Operettenbühne). Heute Freitag und  
täglich wird die mit größtem Beifall aufgenommene Operette  
„Die Terzina“ von Oskar Straus wiederholt. Sonntag nach-  
mittags „Der Orlov“ mit Walter Januhn.

Konzerte.  
Orchesterkonzert.  
Der auf dem hiesigen Konzertpodium unbekannte Dirigent  
Wolfgang von Hauenschild hatte das Glück, an seinem  
mit dem Schlesischen Landesorchester veranstalteten  
Konzert einen fast ausverkauften Konzertsaal anzu-  
treffen. Die Veranstaltung dazu wird hauptsächlich darin zu suchen  
sein, daß der geniale österreichische Symphoniker Brudner, dessen  
„Akte“ zu Gehör gebracht wurde, in dieser Saison über Gebühr  
bei uns vernachlässigt worden ist. Die Akte, wegen ihrer unge-  
wöhnlichen Länge am wenigsten gespielt, wegen ihrer erheblichen  
technischen Schwierigkeiten von den Ausführenden gefürchtet, aber  
dank ihrer erhabenen Schönheiten von vielen geschätzte Symphonie  
Brudners ist dem Format und der Vielfaltigkeit nach durchaus  
geeignet, über die Befähigungsgrenzen des Interpreten Ausschlag  
zu geben. „Geborene“ Dirigenten, das sind die auf Orchester  
und Hörer suggestiv einzuwirken, gibt es nur sehr wenig; zu ihnen  
zählt Hauenschild freilich nicht. Aber er ist doch eine beachtens-  
werte Ueberdurchschnittspersönlichkeit, die sich zu ihren An-  
sichungen durchgekämpft hat und nicht aus Reizung nur sich  
bezieht zu Brudner (und Mahler) bekennt, sondern weil sie die  
Verbreitung dieser noch viel zu unbekanntem Musik als  
wichtige Aufgabe erachtet. Der Gast erwies sich als recht  
geschickter, zusammenhaltender Führer, der allerdings von unserem  
geistesgegenwärtigen Orchester in der Stellung aus Mitter  
beizens unterstützt wurde. Ueber den Ausdruck läßt sich zusammen-  
fassend sagen: Hauenschild brachte mit einem nicht ausgeglichene  
im Motiven nicht sorgsam betreten, im Tutti oft zu ununter-  
schreibbarem Longemir zusammengeballten Orchesterklang, unter  
etwas schwer Vermeidung freigerhörter Höhenpunkte das poetisch  
so eindeutige Wert dem Werkstand näher als dem Herzen. Die  
Leistung wurde im Verlauf gesteigert, so daß, da der Hörer be-  
reits kurzen Abschnitte anlegte, der Schluß immerhin Wucht  
hatte. Das beispiellos umfangreiche, sehr schon Beethoven fand  
Hautsch die eindrucksvollste Ausfertigung. Zu vor dem Beethoven's  
„Coriolan“ Overtüre in leider vergerriem Rhythmus zum Vor-  
teil — Das Publikum korrek die von Brudner, auch bei mäßiger  
Wiedergabe, ausgehenden packenden Wirkungen dem Gast zu und  
feierte ihn am Schluß durch wiederholte Hervorrufe, W. S.—der.

Gefäßliches.  
Der heutigen Gebirgsgebirgs unserer Zeitung liegt ein Aus-  
schnitt der Singer-Maschinen-Akten-gesellschaft vor, das wir der  
Leserzeitung empfehlen. Die auf dem Schnitzplan heranzu-  
brachten und weiterverarbeiteten Singer-Maschinen werden in  
der Singer-Maschinen-fabrik in Waldenburg, Bez. Waldenau,  
aus Grund auf hergestellt. Die Singer-Maschinen-Akten-  
gesellschaft gibt ihre Maschinen neuerdings auch gegen langfristige  
Mietungsverhältnisse ab.



# Unehrlisches Spiel.

## Einheitsfronttrümmel der Kommunisten in den Gewerkschaften zum Volksentscheid.

Der Bundesvorstand des ADGB wird uns geschrieben: Die kommunistische Partei hat eine neue Kampfstrategie gegen den ADGB. Sie kämpft unter dem abgebrachten Standard der proletarischen Einheitsfront. Der willkommener Anlaß dazu fand sie in der Vermittlungsaktion, an der sich der Bundesvorstand des ADGB bereit fand, als es sich um die Schaffung eines übereinstimmenden Wortlauts über die Volksentscheidung vorzulegenden Geheimschreiben über die Abstimmung handelte. Der Bundesvorstand hatte diese Vermittlung auf Anruf der beteiligten Parteien übernommen. Es geht aus dem Geheimschreiben hervor, daß die Kommunisten auch er einen solchen Volksentscheid wünschte. Mit dieser Vermittlungsaktion war die aktive Mitwirkung des Bundesvorstandes an den Volksentscheid erledigt. Die weitere Durchführung der Aktion ist eine Angelegenheit der Parteien, nicht der Gewerkschaften. Gewiß haben die Gewerkschaften ein Interesse daran, daß der Volksentscheid durchgeführt wird und zum Siege gelangt. Aber ihre Mitglieder sind auch politisch organisiert und in ihren Parteien tätig. Man darf von ihnen erwarten und verlangen, daß sie dort für die Durchführung des des Volksentscheides unterbreiteten Programms wirken werden, ohne die Aufgabe der Gewerkschaften dafür in Anspruch zu nehmen. Anders denkt die kommunistische Partei, die fremder Kräfte bedarf, um wieder auf die Beine zu kommen. Ihr war die Frage der Volksentscheidung nur eine der vielen Parolen, die ihrer Agitation dienen. Als nun diese eine Parole aktuell wurde und etwas aus diesem Gebiet geschoben wurde, ist sie plötzlich nach der Einheitsfront mit den Gewerkschaften. Es war schwer, ihr beigegeben zu machen, daß der ADGB für solche Kinderkramereien nicht zu haben sei. Für eine ehrliche Symbiose kommt die KPD überhaupt nicht in Betracht — das hat uns die Vergangenheit genaugenamt gelehrt —, und für eine andere Einheitsfront muß sich der ADGB behaupten, denn Schmarotzer und Parasiten, pflegen unangenehme Bett- und Lebensgenossen zu sein, die nicht das gemeinsame Wohl, sondern nur den eigenen Vorteil auf Kosten ihres Mits in Auge haben.

In den Vermittlungsverhandlungen der Parteien wurde ausdrücklich vereinbart, daß die Gewerkschaften die Durchführung des Volksentscheidungsaktion den Parteien überlassen und daß jede Partei diesen Kampf selbstständig führen werde. Die Gründung von Einheitsfronten dürfte nicht stattfinden. Doch dieser Vereinbarung traten die Kommunisten allerorts mit solchen Einheitsfronten auf den Plan. Sie mißachteten damit das Abkommen über die Durchführung des Volksentscheides. Aber hat sich die KPD, jemals an Umwidmungen gehalten?

In der Tat wollen die Kommunisten die Volksentscheidungsaktion nur dazu benutzen, sich an die Gewerkschaften heran- und

wenn möglich in diese hereinzubringen, um größeren Einfluß auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft zu bekommen. Wichtiger als der ganze Volksentscheid dünken ihnen die sogenannten Einheitsfronten, die sie überall gründen und durch Heranziehung der Gewerkschaften Kraft zu machen suchen. Wir warnen unsere Gewerkschaftsmitglieder auf das entsetzlichste, auf diesen plumpen kommunistischen Schwindel hereinzufallen. Es gibt keine Kampfgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und KPD., auch nicht in der Frage des Volksentscheides. Es ist Sache der politischen Parteien, nicht der Gewerkschaften, die Volksentscheidung über die Volksentscheidung vorzubereiten und durchzuführen.

Dah es den Kommunisten nicht um den Volksentscheid, sondern nur um ihren proletarischen Einheitsfronttrümmel zu tun ist, bewährt ein Rundschreiben, das sie an die Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen geschickt haben. In diesem Schreiben wird die proletarische Einheitsfront, vor allem für die gewerkschaftlichen Kämpfe, verlangt, um die Offensiv des Unternehmertums abzuwehren. Es werden für die gegenwärtige Krisenperiode Wirtschaftskämpfe auf breiterer Basis und in engerer Verbindung mit den Erwerbslosen verlangt, die in kürzester Zeit über ganz Rheinland-Westfalen auszuweichen seien, um so die Offensiv der Kapitalgewaltigen zum Stehen zu bringen.

Der eigentliche Zweck des Einheitsfronttrümmels ist also: Wilde Streikpropaganda mit Hilfe der Erwerbslosen. Da die Kommunisten bei den Gewerkschaftsleitungen kein Glück damit haben, suchen sie wieder einmal die Betriebsräte größerer Werke für ihre Machenschaften einzufangen. Wir warnen auch die Arbeiterschaft und ihre Vertreter in den Betrieben ernstlich vor diesem Einheitsfronttrümmel. Wer in diesen Komitees mitwirkt, verkehrt die gewerkschaftliche Einheit des ADGB., die seiner Ergänzung durch die Kommunisten bedarf. Auf dem Gebiete der Abwehr des Unternehmertums haben die Gewerkschaften allein zu bestimmen. Da hat jede Verhandlung mit der kommunistischen Partei auszuschließen.

Weder für den Volksentscheid noch für den gewerkschaftlichen Kampf bedürfen wir der Einheitsfronten. Wer ihrer bedarf, das sind einzeln die Kommunisten, und wer ihnen dabei hilft, der schädigt die Gewerkschaften.

Wir fordern die gewerkschaftlichen Instanzen aller Verbände, die Bezirksleitungen und Ortsausschüsse auf, dem neuen Einheitsfronttrümmel in der schärfsten Weise entgegenzutreten. Es ist ein unerhörter Skandal, daß die Kommunisten angehtis des auch von ihnen gemachten Volksentscheides nichts Besseres zu tun haben, als parteipolitische Zwecke willen den Kampf in die Gewerkschaften zu tragen. Wenn die Volksbewegung darunter leidet, fällt alle Verantwortung dafür auf sie zurück!

## Die halsstarrige Reichsbahnverwaltung.

Sie will nun selbst die Unterlegung über die Notwendigkeit des Bahnverkehrs der Reichsbahnarbeiter vornehmen. — Generaldirektor Döfer verteidigt ihre Politik.

Die Reichsbahnverwaltung teilt mit, daß sie jetzt, nachdem eine Einigung zwischen ihr und den Gewerkschaften außerhalb des gesetzlichen Schiedsgerichts nicht möglich gewesen ist, von sich aus Feststellungen über die Notwendigkeit eines Ausgleichs der örtlichen Löhne zu machen beabsichtigt. Es handelt sich um einen Ausgleich zwischen den jetzt gezahlten Beträgen für die Reichsbahnbediensteten und den örtlich gezahlten Löhnen in der Privatindustrie.

Auch Generaldirektor Döfer hat das Wort genommen, um die gegen die Reichsbahnverwaltung erhobenen Angriffe über die Vorauszahlung bestimmter Mittel für repräsentative Zwecke als unberechtigt hinzustellen oder zu widerlegen. Im übrigen erklärte der Generaldirektor Döfer, daß die Haltung der Reichsbahnverwaltung gegen den Schiedspruch auf die schwierigen finanziellen Verhältnisse zurückzuführen sei. Unter anderem sagte er in seiner Erklärung: „Ich bemühe mich dauernd, alle irgendwie strittigen Fragen mit der Aufsichtsinstanz der Reichsbahnverwaltung auf gutlichem Wege zu regeln. Es gibt natürlich Fragen prinzipieller Natur, bei denen das nicht möglich zu sein scheint. Eine solche Frage ist auch die der Leistungsulagen. Diese umstrittenen Leistungsulagen, die im Jahre 1925 in Höhe von insgesamt 20 Millionen vorausgezahlt worden und etwa in Höhe von 22 Millionen für das Jahr 1926 vorgesehen sind, machen etwa 2 Prozent der über eine Milliarde betragenden Beamtensoldung aus.“

## Neue Kündigungen bei Krupp.

Die Firma Krupp hat wieder mehreren hundert Mann aus den Werkstätten gekündigt; andere werden „verbeurlaubt“. Größere Wertbeurteilungen stehen auch in der Kesselschmiede bevor. Von dem Abbau der Angestellten werden zum ersten Mal auch leitende Beamte betroffen. So sind ein stellvertretendes Mitglied des Direktors und ein Abteilungsleiter in den Aufstufen verlegt worden. Auch der Chef der Hülsenwerkstatt, der seinen Posten fast vier Jahrzehnte innehatte, tritt in den Ruhestand.

## Weitere Betriebsänderungen.

Die Stahlwerk-Beder A. S. zu Wülfrath bereitet zu weiteren Entlassungen ihres Betriebes. Die frühere Belegschaft von 4000 Mann ist in der letzten Zeit auf etwa 1000 herabgesunken worden.

## Schlächterei im Kalibergbau.

Am 12. Oktober 1925 wurde von dem amtierenden Schlichter, Regierungsrat Dr. Götzen, ein Schiedspruch gefällt, der für die Löhne in der Kalibergbau eine Erhöhung von 5 1/2 Prozent vorsah. Der Arbeitsminister lehnte die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs ab. Die Arbeiter versuchten nun auf andere Weise eine Erhöhung ihrer Löhne zu erreichen. Sofort legte ein Antrag der Unternehmer das Reichsarbeitsministerium ein neues Schiedspruchsvorschlag an und der gleiche Schlichter, der sich bereits für eine Lohnsetzung von 5 1/2 Prozent entschieden hatte, sollte am 30. Januar einen Schiedspruch, der nur 2 Prozent der Kalibergarbeiter gar nicht bringt und den Stundenlohn der Vollarbeiter von 42 Pf. um 1 1/2 Pfennige erhöht.

Das Reichsarbeitsministerium geht, wie man sieht, mit den Kalibergbauern nicht gut und dümm. Es bemüht sich nicht einmal, seine Parteipolitik zu verhehlen. Es wird der Schiedspruch abgelehnt mit der Begründung, eine Erhöhung der Löhne sei unmöglich, und dann folgt eine Verbindlichkeitsklärung eines

Schiedspruchs, der so gut wie gar nichts bringt. Widersprüche über Widersprüche für die Arbeiter, einfach und klar für die Kalibergbauern. Sie haben wirklich keinen Grund, über das Reichsarbeitsministerium zu weinen.

## Gewerkschaftsvertrauensleute, Betriebsräte und Ortsausschüßervertreter.

Am Sonntag, den 7. Februar, vormittags pünktlich 10 Uhr, wird Kollege Willi Eggert vom Bundesvorstand Berlin im großen Saale des Gewerkschaftshauses, seine unmittelbaren Eindrücke über die amerikanische Arbeitsorganisation, sowie seine sonstigen Feststellungen auf seiner Reise in Nord-Amerika in einem Vortrage wiedergeben.

Der Besuch der Versammlung dürfte deshalb von besonderem Wert sein, weil ein großer Teil der Breslauer Arbeitnehmerschaft in der jüngsten Zeit bereits Gelegenheit hatte, einen ähnlichen Vortrag von politischen Gesichtspunkten aus zu hören.

Alle Vertrauensleute haben zu erscheinen und sich durch das Mitgliedsbuch ihrer Gewerkschaft und die Funktionärkarte auszuweisen.

## Tariffchiedspruch im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mittels, wurde heute im Reichsarbeitsministerium durch den Schlichter, Oberregierungsrat Dr. Rüttig, ein Schiedspruch gefällt, der

1. die Verlängerung des Tarifmantels bis zum 28. Februar 1927,
2. eine Gehaltserhöhung für Januar um 4 Prozent, ferner für Februar bis einschließlich September um 5 Prozent gegenüber den bisherigen Sätzen,
3. eine Arbeitszeitregelung bis zum 1. Oktober 1926 vorsieht.

Bis zu diesem Zeitpunkt kann die tarifliche Wochenarbeitszeit vor 48 Stunden im Bedarfsfalle auf 52 1/2 bzw. 54 Stunden erhöht werden mit der Maßgabe, daß wöchentlich 8 1/2 Ueberstunden ohne Bezahlung zu leisten sind.

Der Vertreter des Bankverbandes erklärte sofort nach Verkündung dieses Schiedspruchs, daß derselbe für die Banken unannehmbar sei.

Die Erklärungsfrist läuft bis zum 8. Februar dieses Jahres.

## Der Kampf der belgischen Metallarbeiter.

Brüssel, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In Nordbrabant bei Charleroi, im Hennegauer Streikgebiet, fand am Donnerstag ein großer Protestzug vieler Tausender streikender Arbeiter der Schwerindustrie statt, um Einspruch zu erheben gegen die Heranziehung der belgischen Unternehmer die stillgelegten Hochöfen und Werke wieder in Gang bringen wollen. Im Zuge wurde in großen Beträgen der Wortlaut des Telegramms getragen, das eine Werksleitung an die Maschinenfabrik Augsburg-Münchener sandte und in dem dringend um Entsendung technischer Hilfskräfte zur Beendigung des viermonatigen Streiks gebeten wird. In der anschließenden Streikversammlung wurde eine Entschloßung angenommen, in der das Vorgehen der Unternehmer scharf verurteilt wird.

## Die Breslauer Bäderinnung provoziert.

Am Mittwochabend fand im Gewerkschaftshaus eine überfüllte Versammlung der Bädereigenen aus den Innungsbezirken statt. Mehr als 350 Gekommen nahmen mit großem Interesse die Ausführungen des Kollegen Bezirksleiter Balle entgegen, der die Zwangsarbeitsverträge und die Arbeitsordnung, welche die Bäderinnung den Gekommen auferlegen will, in scharfer Kritik verurteilte. Diese Verträge stellen ein geradezu glanzvolles Produkt geistiger Fähigkeiten prominenter Innungsmitglieder dar. In diesen Schriftstücken ist nur von Pflichten und Besatzung der Bädereigenen die Rede. Für alles ist der Bädereigenen verantwortlich. Selbst wenn die Bädereigenen in der Hand des Meisters stehen. Eine Klageforderung auf nicht gezahlten Lohn oder Ueberstunden soll ihm nur bis zu acht Tagen

stehen. Das gesetzliche Recht soll hier mit Füßen getreten werden. Die Bädereigenen für soziale Versicherungen sind nur für zwei rückliegende Lohnperioden, insgesamt also für zwei Wochen, zahlungspflichtig. Wenn also der Bädereigenen keine Krankentagebeiträge oder Invalidenbeiträge zahlt, was das in letzter Zeit bei den Bädereigenen vorgekommen ist, soll er nur auf 14 Tage rückwirkend zahlen. Hier werden hoffentlich die Gewerkschaften den Herren vom Badroz sehr bald eine andere Belehrung erteilen.

Alles in allem sind diese Beträge eine Glanzleistung der Bäderinnung, ohne Rechnung der Gesellschaft. Nach Ausstellung dieses Rezeptes haben die Breslauer Bädereigenen weiter nichts mehr zu tun, als abends die Ledertasche abzuholen, und den Rundgang vom Weintal ins Café und vom Café ins Kabarett vorzunehmen, um dann nach Stunden der Freude und des Schlemmerlebens sich richtig ausschlafen zu können.

Ob die Bädereigenen diese Schritte so hinnehmen werden, wird die nächste Zeit lehren. Augenblicklich ist ein harter Zustand zur freien Gewerkschaft zu verzeichnen, die nichts unversucht lassen wird, den Herren Halt zu gebieten. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme:

Die Bädereigenen der Breslauer Innungsbezirke protestieren gegen die Brakturen der Bäderinnung, die Gekommen unter einem Arbeitsvertrag und eine Arbeitsordnung zu zwingen, die gegen jedes Recht und gute Sitten verstößt. Die versammelten Gekommen erklären einstimmig, diesen Vertrag sowohl wie die Arbeitsordnung als nicht bestehend zu betrachten, und dort, wo vereinzelt Unterdrückten gegeben sind, diese durch den heutigen Beschluß durch Mitteilung an die Bäderinnung zu widerrufen.

Deshingegen verpflichtet sich die Gekommen, nicht früher zu erlauben, bis auch der letzte Bädereigenen in den Reihen der Deutschen Kartungs- und Gewerkschaftenverbandes steht, um gemeinsam an dem Aufbau guter sozialer Arbeits- und Lohnverhältnisse mitzuarbeiten.

## Generalversammlung der Gemeinbedarbeiter.

In der am 28. Januar stattgefundenen Generalversammlung wurde nach einem Mißverständnis über das vergangene Geschäftsjahr der Kassenausschluß im IV. Quartal 1925 bekannt gegeben.

Nachstehend wurde zur Neuwahl der einzelnen Körperschaften geschritten. Einstimmig fand die Wahl der Vorstandsmitglieder mit den Kollegen Ludwig, Reizenstein, Marzahn, Deutschbein, Quinte, Gante und Jäder statt. In die Tarifkommission sind die Kollegen Brause, Quinte, Müller, Gärner, Petzsch, Bunte, Fischer, Koch, Brubcher und Kramer gewählt. Als Kassenschatoren fungieren für die nächste Geschäftsperiode die Kollegen Hindemith, Ludwig, Kaboth und Engel.

Nach Beendigung des Wahlganges wurde zur Beratung über die Einführung eines Notgeldgesetzes von 5 Pf. geschritten. Die Notwendigkeit, die vornehmlich in der Unterbringung der Erwerbslosen begründet liegt, wurde allgemein anerkannt und demzufolge auch die Einführung dieses Notgeldes von der nächsten Bettagwoche an, fast einstimmig beschlossen. Hierauf folgte ein Bericht über die gegenwärtige Lagebewegung. Nachdem von dem Verhandlungsausschuss und auch vom Magistrat selbst die Forderung von 5 Pf. abgelehnt wurde, sind heute durch einen Spruch der Bezugsstelle die bestehenden Löhne bis zum 31. März 1926 festgelegt worden. Die augenblicklichen Umstände in Betracht ziehend, wird empfohlen, den Schiedspruch nicht weiter anzufechten. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Nach einigen Stunden auf den Konsumverein „Vormärts“ für den Abfindung u. m. wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

## Wirtschaft. Ruhiener der Zölle.

Die preussische Hauptlandwirtschaftskammer veröffentlicht wie alljährlich eine Uebersicht über die Preisentwicklung im Verlauf des vergangenen Jahres, unter besonderer Berücksichtigung der Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie der Lebensmittelpreise. Dem noch immer anormalen Stand unserer Wirtschaft entsprechend ist das Preisniveau starken Schwankungen unterworfen und liegt im Durchschnitt des Jahres 1925, ohne Zweifel in Auswirkung der neuen Zollgesetzgebung, durchweg höher als im Jahre 1924. Für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gibt die genannte Stelle folgende Entwicklung wieder:

	1924 (1913 = 100)	1925 (Durchschnitt)
Roggen, 50 kg . . . . .	86	122
Kartoffeln, 50 kg . . . . .	98	87
Butter, 1/2 kg . . . . .	140	147
Eißen, c. 50 kg . . . . .	73	89
Schweine c. 50 kg . . . . .	110	132

Neben den Stallpreisen für Ochsen und Schweine hat sich besonders der Roggenpreis im Durchschnitt des Jahres 1925 erhöht. Diese Erhöhung des Roggenpreises ist so zu verstehen, daß die Preise im Anfang 1925 für Roggen sehr hoch lagen. So notierte zum Beispiel an der Berliner Börse der Zentner Roggen im Frühjahr 1925 mit rund 12 Mark gegenüber 7,50 Mark Ende des Jahres 1925. Die sogenannte Roggenkrise, die Unmöglichkeit, die vorhandenen Roggenbestände zu bewegen, hat hier die Hoffnungen aufzuheben gemacht, die sich an den Roggenanfall geknüpft haben. Gegenüber dem Roggenpreis hat sich aber der Weizenpreis mit ungefähr 12 bis 13 Mark pro Zentner gehalten. Aufwießer der ganzen Wiedereinführung der Zölle und des Einfuhrschutzes sind also bis jetzt nur die großen Weizenbauern gewesen. Der kleine Landwirt hat nur die Schattenseiten der zollmässigen Maßnahmen zu spüren bekommen, und zwar in der Form, daß die infolge der Zollverschärfung eintretende Preissteigerung die landwirtschaftlichen Betriebsmittel wesentlich verteuert hat, während er nicht in der Lage war, Weizen zu einem weit über den Friedensstand liegenden Preis zu verkaufen, vielmehr selbst überkauerten Weizen zukaufen mußte. Die Steigerung des Preisindex wird in den Feststellungen der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer wie folgt wiedergegeben:

	1924 (1913 = 100)	1925
Stärke . . . . .	188	148
Mais . . . . .	127	141
Getreide und Hülsen . . . . .	172	156

Dieser Berechnung liegen die Verkaufspreise an den Landwirten zugrunde. Die Verteuerung, die sich mit der Einführung des im Laufe des Jahres 1925 nicht unerheblich gestiegener Index für Futtermittelpreise, steht zum Teil im Zusammenhang mit den im Jahre 1925 ganz beträchtlich gestiegenen Lebensmittelpreisen. So hat sich unter anderem nach den Berechnungen der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer der Index für den Weizenpreis (1913 = 100) von 108 auf 132 gesteigert und der Preisindex für Rindfleisch kg. Schweinefleisch von 109 auf 134 bzw. von 147 auf 167 Mark.

## Die Verteilung Brennens an Georg von Gieseler.

Nach den nunmehr abgeschlossenen Verhandlungen im Auftrag des preussischen Landtages über den 150 Millionen-Kredit des preussischen Staates wird sich der Staat in Bezug auf die Verteilung an der privaten Wirtschaft nunmehr ziemlich zurückhalten. Es ist bekannt, wie die Konsumtionskorrektur bei der Verteilung der Mittel zu betonen. Vom Handelsministerium liegt bereits eine Vorlage in der Richtung vor, daß eine Verteilung für die in Deutschland bestehenden Lagernden Industrie gebaut werden soll. — Diese Verteilungskorrektur werden im Landtag sehr genau durchgeprüft werden müssen.



# Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bezirksleitung Breslau (Land)-Neumarkt.

Vorstellungen in der Woche vom 5. Februar bis 14. Februar.

Freitag, den 5. Februar:

- Ortsverein Herrmannsdorf, 7 Uhr abends bei Gabriel in Arnoldsühle: Versammlung.
- Ortsverein Schwelbitz, 7 1/2 Uhr abends bei Kau in Schwelbitz: Versammlung.
- Ortsverein Herrmannsdorf, 7 Uhr abends bei Mastos in Herrmannsdorf: Versammlung.
- Ortsverein Deutsch-Biffa, 7 1/2 Uhr abends bei Konrad in Deutsch-Biffa: Versammlung.

Sonnabend, den 6. Februar:

- Ortsverein Schwelbitz, 7 1/2 Uhr abends bei Rabig in Schwelbitz: Versammlung.
- Ortsverein Steine, 8 Uhr abends bei Grodoff in Steine: Versammlung.
- Ortsverein Ober-Stephansdorf, 8 Uhr abends bei Fleckner in Nieder-Stephansdorf: Versammlung.
- Ortsverein Klein-Sigewitz, 7 Uhr abends bei Seidel in Radwanitz: Versammlung.
- Ortsverein Rosenthal, 7 1/2 Uhr abends, „Zur Scharfen Ede“ in Rosenthal: Versammlung.

Sonntag, den 7. Februar:

- Ortsverein Klein-Gandau und Umgegend, Unsere Monatsversammlung findet nachmittags 2 Uhr in Klein-Machern bei Ulrich statt. Alle Kameraden haben zu erscheinen, da wichtige zu erledigen sind. Alle nicht verkaufte Zeitungen sind mitzubringen. Ausgabe neuer Karten. Der Vorstand.
- Ortsverein Hefsen, 2 Uhr nachmittags bei Schloske in Schwelbitz: Versammlung.
- Abteilung III, Süd, 10 Uhr vormittags bei Peter in Groß-Hamisch: Ortsgruppenführerversammlung.
- Allen Kameraden wird es zur Pflicht gemacht, an den vorgeschriebenen Veranstaltungen sowie Versammlungen teilzunehmen. Der Bezirksleiter.
- Ortsverein Garlich-Kleistendorf-Krieteren, Achtung Gruppenführer! Die neue Reichsbannerzeitung ist umgehend beim Kassierer abzuholen. Frei Heil! J. A. Hörtsch.

**Carlwig-Schottwitz.** Den Mitgliedern der SPD, Ortsgruppe Carlwig-Schottwitz, zur Kenntnis, daß unsere Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 6. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Gastwirt Borka in Schottwitz stattfand. Die Mitglieder wurden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Güte, vor allem Arbeitslose, können durch Mitglieder eingeführt werden. Die Ortsgruppenleitung.

**Herrmannsdorf, Parteiverammlung.** Am Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr, findet in Arnoldsühle bei Gabriel eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Genosse Schäfer wird einen der Zeit entsprechenden Vortrag halten. Gäste haben Zutritt.

**Malsch a. D. Unglücksfall in der Zellulosefabrik.** Beim Vorlegen eines Hemmhahns vor einen Silbenwörterkasten kam der Arbeiter Eberhard aus Malsch zu Fall. Die Puffe und erlitt schwere innere Verletzungen. Er wurde sofort in das Krankenhaus nach Neumarkt gebracht.

**Malsch a. D. Wenig Verständnis für die Erwerbslosigkeit.** Meistens Arbeiterfreunde scheint bei der Leitung der hiesigen Zellulosefabrik vorhanden zu sein. Einmal kommt es vor, daß man die noch im Betriebe befindlichen Arbeiter so viel Uebertreibungen machen läßt, wie sie kaum leisten können, und dann, daß in sehr vielen Fällen Mann und Frau einer Familie in Arbeit stehen, gleich jezt wieder Familienmitglieder entlassen worden sind. Bei den durchgeführten Entlassungen wäre es richtiger gewesen, darauf zu achten, daß wenigstens der Haupternährer der Familie eine weitere Erwerbsmöglichkeit besitzt. In den letzten Tagen wurden übrigens wieder vereinzelt Arbeiter eingestellt, jedoch man in den Arbeiterkreisen der Hoffnung ist, daß die großen Härten ausgleichend werden.

**Canth. Brandlegung durch den Besitzer.** In dem benachbarten Coselau lebte der Gasthaus- und Stellenbesitzer Scheitauer seit langem mit seiner Familie in Zwistigkeiten, weshalb er sich reichlichem Alkoholgenuss hingab. Nach dem letzten Streit mit seiner Ehefrau drohte er, das Besitztum anzubrennen, was er auch tat, nachdem er vorher noch einige Stunden in einer anderen Gastwirtschaft gezecht hatte. Es brannten seine Stallung sowie Scheune nieder. Von dem Brandstifter fehlt jede Spur man vermutet jedoch, daß er in den Flammen selbst umgekommen ist.

**Neumarkt. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen** hält am Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, im „Gelben Löwen“ eine Mitgliederversammlung ab. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung, wo unter anderem zu der ungelösten Forderung von Rückfragen Stellung genommen werden wird, ist es unbedingte Pflicht, daß auch das letzte Mitglied zu der Versammlung erscheint. Gewerkschafts-, wie Parteimitglieder können an der Versammlung teilnehmen.

**Deutsch-Biffa. Gemeindevorsteherziehung.** Wie ändern wir die Not unserer arbeitslosen Gemeindeglieder? Dieser Punkt stand mit auf der Tagesordnung und führte zu reichlicher Aussprache. Beschlossen wurde, Kostentrachten zu machen. Es sollen die Fußgängerwege mit Schlämme und kleinen Steinen aufgefüllt, sowie ein Sportplatz am Wasserarm planiert werden, so daß jeder Arbeitslose Gelegenheit hat, neben der Arbeitslosenunterstützung 10 Arbeitsstunden à 40 Pfennig zu verdienen. Außerdem wird für Februar pro Haushalt für Arbeitslose zwei Zentner Kohle und ein Zentner Holz geliefert. Das Kreiswohlfahrtsamt soll dringende Hilfe gewähren, wozu die Gemeinde noch ein Drittel zuzusetzen wird. Alletting wurde unsere Begründung anerkannt, daß wir die sittliche und

moralische Pflicht haben, unsere von der Krise heimgejagten Mitmenschen davon zu bewahren, daß sie aus Not nicht mit dem Straßengebüsch in Konflikt geraten. Auch sollen die Arbeitslosen und Angehörigen, wenn Krankheit eintritt, die Hilfe der Gemeinde in Anspruch nehmen können. Wenn unsere Regierung in ihren Entschlüssen schneller wäre, so könnten hier mehrere große Projekte in Angriff genommen werden. Wir erinnern nur an folgende: Ausbesserung der Chaussee Wissa-Saara nach Plegnit, der Bahnübergangsweg und Unterführung anlegen, den Platz, wo der Güterbahnhof geplant ist, ausfüllen. Ein weiterer wichtiger Punkt: Unsere Fraktion beantragte Eingemeindung des Gutsbezirks und wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Das Gehalt des Bürgermeisters wurde einstimmig nach Gruppe 10, 4 beschloffen. Ein kleiner Zwischenfall, der bei uns Heiterkeit auslöste, soll noch erwähnt werden. Es wurde Anfang Januar einstimmig beschlossen, die Zeitschrift „Die Gemeinde“ in 7 Exemplaren zu bestellen, für die Liste vier, für die Rechte drei und den Verreiter gratis zuzustellen. Dies wurde auch ausgeführt. Was wir ahnten, geschah. Die Rechte ersuchte, ihre drei Stück abzugeben und dafür eine Kommunalzeitschrift ihrer Art zu bekommen. Wir konnten uns dem nicht verschließen und es wurde diesem Wunsche entsprochen. Die Rechte gab aber dem Wunsche Ausdruck, daß sie deshalb unsere „Gemeinde“ auch lesen möchte, was wir begrüßten. Auch ein kleiner Fortschritt.

## Aus Schlessen.

### Die Durchführung des Kampfes gegen die Fürsten.

Keine Einheitskomitees!

Am Montag, den 1. Februar, ist in einer Sitzung zwischen Vertretern der Bezirksleitung der SPD, und der Bezirksleitung der KPD für die Durchführung des Volksbegehrens folgendes vereinbart worden:

- Bei allgemein selbständiger politischer und organisatorischer Arbeit führen die Parteien gewisse Aufgaben unter gegenseitiger Verständigung durch.
  - Dabei handeln die entsprechenden Ortsgruppen, Kreis- (Unterbezirks-)leitungen nach den Anweisungen, die ihnen von den zuständigen Parteiorganen gegeben oder bereits ausgegangen sind.
  - Wo Ortsgruppen beider Parteien vorhanden sind, verpflichten sie sich über die zu veranstaltenden Versammlungen, um Kollisionen zu vermeiden, des weiteren über Teilung des Bereichs der Ortsgruppen zur Platzierung und Flugblattverbreitung.
- Die Bildung von Einheitskomitees und gemeinsamen Veranstaltungen wurde abgelehnt und hat überall zu unterbleiben.
- Der Bezirksvorstand der SPD für den Bezirk Breslau.

**Auras. Unfall.** Der im städtischen Fort, Parzelle Köhndorfer Erden, bei Althof beschäftigte jugendliche Arbeiter Bruno Otto in Auras, Lindenstraße wohnhaft, hieb sich beim Gebundeinhaden glatt den Zeigefinger der linken Hand ab. Es mag wohl daran gelegen haben, daß das Holz gefroren war und das Beil irgendwie abprallte. Otto mußte dem Krankenhaus in Woblan überwiesen werden.

**Röben a. D. In der ersten diesjährigen Stadtverordnetenversammlung** wurden zunächst alle bisherigen Mitglieder des Büros wiedergewählt. Das Büro einiger Stadtratsordnen, ihre Mandate niederlegen zu dürfen, wurde mangels ausreichender Gründe abgelehnt. Zum Ausbau der Chaussee Köben-Sophienhof auf Gührauer Kreisterrain bewilligte die Versammlung 1600 Mark in bar und die leihweise Hergabe der Feldbahn, die mit 500 Mark bewertet wird. Kenntnis genommen wurde von geschenkwerten Zuwendungen zur Errichtung der Turnhalle, und zwar 1000 Mark vom Minister für Volkswirtschaft und 2500 Mark durch den Landeshauptmann für Niederhiesien. Ueber die Forderung der hypothekarischen Eintragung eines Darlehens von 5000 Mark für die Turnhalle vom Landesjugendamt: kam es zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, die zu einer Einigung nicht führte.

## Arbeiter-Sport

### Stand der Jugend am Serienlohn.

Berein	Gruppe A.				Punkte
	Spiele	gem.	verlor.	unentsch.	
Oswitz	9	9	—	—	18:0
Silesia Riders*)	5	4	1	—	8:2
Prebitz	9	3	4	2	8:10
Swaria	9	3	4	2	6:12
S. E. C. 24	9	2	5	2	6:12
S. L. Deis	9	2	7	—	4:14

\*) Silesia Riders zur 2. Halbserie ausgeschieden.

Berein	Gruppe B.				Punkte
	Spiele	gem.	verlor.	unentsch.	
S. L. 2	8	7	—	1	15:1
Union	8	6	2	—	12:4
Süd	8	3	4	1	7:9
West	8	2	6	—	4:12
Df	8	1	7	—	2:14

### Handballspiele am 7. Februar.

- 10 Uhr: 6. Abt. Job. — 7. Abt. Job. in Eichenpark; Schiedsrichter: 7. Abteilung.
- 2 Uhr: Koloibon II — 7. Abt. II im Eichenpark; Schiedsrichter: Koloibon.
- 3 Uhr: Koloibon I — 7. Abt. I im Eichenpark; Schiedsrichter: Koloibon.
- 3 Uhr: 2. Abt. I — 1. Abt. I im Eichenpark; Schiedsrichter: Koloibon und 7. Abteilung.

- 2 Uhr: 2. Abt. II — 6. Abt. II in Tschand; Schiedsrichter: 5. und 1. Abteilung.
  - 3 Uhr: Koloibon I — 6. Abt. I in Tschand; Schiedsrichter: 5. und 1. Abteilung.
  - 4 Uhr: Schilles I — Koloibon I in Koloibon; Schiedsrichter: Koloibon.
  - 10 Uhr: Wobden Zab. — 1. Abt. Zab. L.S.O.; Schiedsrichter: Wobden Zab.
- Am Mittwoch, den 10. Februar, 7 1/2 Uhr, findet bei Sander Leuthenstraße 36, eine Schiedsrichterversammlung statt, zu welcher sämtliche Schiedsrichter zu erscheinen haben.

**Arbeiter-Wintersportfest in Schreiberbau.**  
Infolge des plötzlich eingetretenen starken Tauwelters auch in Schreiberbau muß das am 6. und 7. Februar beabsichtigte Bezirks-Wintersportfest auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Der neue Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben.

**Freie Turnerschaft Breslau.** Allen Abteilungen zur Kenntnis: Am Sonnabend, den 6. Februar, abends 8 Uhr, im Gemerkschaftshaus-Restaurant: Zukunftsfeier aller Abteilungsleiter, zwecks Berechnung der Plakonds- und Bundesschulden. Die Nebeträge werden ausbezahlt. Mittwoch, den 17. Februar, Versammlung aller Abteilungsleiter und Kassierer. Tagesordnung: Abrechnungs- und Meldebewegungen; Verkehr mit Verein und Bund; Unfallmeldungen und Versicherungen.

**Sportverein 1897 (Germania).** Wir bitten unsere Mitglieder und Anhänger sowie die Bundeskollegen, unsere heutige Anzeigebearbeitung zu werten. Die Vereinsleitung.

**Freier Sportverein Breslau 1925.** In der am Sonnabend, den 30. Januar, stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Sportgenossen in den Vorstand gewählt: Erich Müller, Köpplitzstraße 33, 1. Vorsitzender, Arthur Kirmis, Köpplitzstraße 29, 1. Kassierer, Richard Auras, Köpplitzstraße 32, 1. Sportwart und Jugendleiter, Paul Kuntze, Stadthof 11, 1. Schriftführer und Preisemitter, Otto Müller, Eichenparkstraße 37, Zeamarkt. Zukünftigen sportlichen Inhalts sind an den Sportwart zu adressieren. Schriftstücke anderen Inhalts an den 1. Vorsitzenden.

**Aktion, Freie Sportfreunde!** Das Vereinslokal befindet sich von jetzt ab Konfirter Straße 49 bei Heinrich. Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Jugendversammlung. Jeden Sonntag Mittagsversammlung.

**Sportklub Telfenfeld 04 e. V. Breslau.** Unsere Monatsversammlung findet Sonnabend, den 6. Februar, abends 8 Uhr, in unserem Vereinsheim, Matthiassstraße 182, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

**Arbeiter-Radsportverein Breslau.** Die für Sonntag, den 7. Februar, angekündigte Befähigung des akademischen Museums kann infolge Umbau nicht stattfinden. Dafür findet bei günstigem Wetter eine kurze Ausfahrt nachmittags 2 Uhr statt. Stadt Wobden.

**Aktion, Spielvereinigung 1921!** Die am 29. Januar abgehaltene Generalversammlung ergab folgenden neuen Vorstand: 1. Vorsitzender Erich Köpplitz, Breslau 3, Berth. 41; 1. Kassierer Wilhelm Brisch, Breslau 17, Konfirter Straße 139; 1. Schriftführer Arthur Kuntze, Breslau 6, Hilbrandstraße 30; 1. Sportwart Walter Kolla, Breslau 18, Zimpel, Eiskermag 12. Alle sportlichen Schriftstücke sind an den Sportwart zu richten.

## Rätsel-Ede.

Silberrätsel.

Aus den Silben:  
au — ba — be — bel — ce — do — del — e — e — el — el — graph — hent — il — in — lac — lan — lend — ler — lo — lot — neß — nit — phe — ri — ri — rit — sa — sel — sen — sein — sus — la — tan — te — ters — ti —

sind 16 Worte zu bilden, deren Anfangs- und Endbuchstaben, erstere von oben nach unten, letztere von unten nach oben gelesen, ein Jüral aus Goethes „Faust“ ergeben. Bedeutung der Worte: 1. deutscher Jüral, 2. Gleichmäßigkeit, 3. Schweizer Kantone, 4. bekannter Filmtitel, 5. feltischer Sagenheld, 6. früherer deutscher Maler, 7. Baum, 8. Verwandtschaftsgrad, 9. Ort im Harz, 10. Erhebung im Harz, 11. italienischer Staatsmann, 12. Bergvielfältigungsapparat, 13. Stadt in Frankreich, 14. Papageienart, 15. Stadt im Mittelrum, 16. Augenteil.

Rätslung.						
wenn	ist	ist	nicht	mit	sch	ist
rich	lich	nicht	lich	sch	nicht	ist
de	ip	tr	der	ver	ren	sch
mit	von		gärt	ter		sch
ter	trenn	ben	den	ver	der	sch
do	was	sch	ip	sch	ma	sch

### Auflösung zum Kreuzworträtsel 2.

Von oben nach unten: 1. Hobbes, 2. Ille, 3. Stoffe, 4. Kofut, 5. Prader, 6. Abua, 7. Lefine. Von links nach rechts: 1. Hasdrubal, 8. Di, 9. Ate, 10. Blochhaus, 11. Bel, 12. Dat, 13. Cuter.

### Auflösung zum Schieberätsel.

1. list
  2. hammer
  3. baumharg
  4. entc
  5. arfen
  6. mut
  7. flachs
  8. reinhold
  9. mantua
- Innemann — Sehnsucht.

## Werbt ständig für unsere Zeitung!

**Familien-Anzeigen**

An Mittwoch, den 3. Februar, verstarb die Frau unseres Kollegen, des Arbeiters Robert Bischof.

**Frau Martha Bischof**  
im Alter von 31 Jahren

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren  
**Die Mitglieder der Schilppenkasse des Gaswerks IV.**

Beerdigung: Sonnabend nachm. 1 Uhr von der Leichenhalle des St. Bernhard-Friedhofes, Danzow.

**Benutze die Buchbarte!**  
Für 50 Pf. wöchentlich  
kannst Du Dir geistige Schätze von unermesslichem Wert erwerben!  
Wende Dich sofort an unsere

**Augenärztliche Brillenverordnung**  
wird mit einem Nachlass von 10% (außer Markenbrillen) sehr schnell und gewissenhaft ausgeführt von

**Optiker Adolf Reichrich, Stadtbüchler geradeüber**  
Der gute Rat der seit 30 Jahren bestehenden Firma bietet Gewähr für gute und fachmännische Bedienung  
Farnof Ring 2625 Straßenbahn 2, 3, 4, 17 und 18

ist das billig?  
**Herren-Oberhemden**  
Große Geldsparende  
Oberhemden, Pullover und Zipies, nur moderne Muster, mit Kragen und Manschette, in allen Größen, 2,95 3,95

Oberhemden, weiß, prima Rumpelstilz, mit 14 Rippenreißer und Manschette, in allen Größen, 2,95 3,95

Herren-Kragen in allen Größen, Stück Mk. 2,25  
Feiner gute Stoffe, gestrichelt und weiße Oberhemden in allen Größen von erstklassig billigen Preisen.

**Herren-Abt.** **Herren-Abt.**  
2. Etage. 1. Haus von Büchlerplatz. Kein Laden.  
Bitte die Anzeige zu besichtigen!

6 kleine u. große Singer-  
**Nähmaschinen**  
30 bis 75 Mk. Winstern,  
Schiffstraße 45, ptz., t.

**Schulden**  
die reiche Frau Clara  
Klamm gen. Giesmann,  
Schuldenliste 24, markt über  
genannt hat, bezahle ich sofort  
Alfred Klamm.

**Arbeitslos. Volkswacht**  
Mittwoch, 1. Februar

**Unerhört billige Preise**  
im Konfektionshaus  
**Eugen Hamburger**  
Breslau 2, nur Teichstraße 31  
Ecke Springerstraße, 2 Min. vom Hauptbahnhof.

**Konfirmanten-Anzüge** von 17,50 an  
**Herren-Anzüge** Nadelstreifen, 20,00  
Gabardine, 33,00 und 20,00  
**General-Wästel** von 12,50 an  
**Hosen** gestreift, von 5,25 an  
**Breeches-Hosen** von 4,00 an